



Città di Bolzano
Stadt Bozen

Assessorato alle Politiche Sociali,
al Tempo libero e allo Sport
Assessorat für Soziales,
Freizeit und Sport



Sozialplan 2024 - 2034



ZUSAMMENFASSENDE ÜBERSICHT
ZUKÜNFTIGE SZENARIEN UND
MASSNAHMEN FÜR DIE GEMEINSCHAFT

BEOBACHTUNGSSTELLE
FÜR SOZIALPOLITIK UND
LEBENSQUALITÄT

@ Agenda 2024 - 2034



Comune di Bolzano
Stadtgemeinde Bozen

BEOBSACHTUNGSSTELLE FÜR SOZIALPOLITIK UND LEBENSQUALITÄT

SOZIALPLAN 2024 - 2034

GESAMTÜBERSICHT

ZUKUNFTSZENARIEN UND MASSNAHMEN FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Projektleitung: Carlo Alberto Librera

Redaktionsverantwortliche: Milena Brentari

Layout: Francesca La Viola

Übersetzung: Donatella Trevisan

Druck: Ökonomat der Gemeinde Bozen

Die Studie kann von der Website der Gemeinde heruntergeladen werden unter "*Beobachtungsstelle für Sozialpolitik und Lebensqualität der Gemeinde Bozen*".

Link: [Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)

Die Wiedergabe von Informationen Grafiken und Tabellen ist mit Quellenangabe gestattet. Zitat: Brentari M. (2025), **SOZIALPLAN 2024 – 2034 – Gesamtübersicht – Zukunftsszenarien und Maßnahmen für die Gemeinschaft**, *Beobachtungsstelle für Sozialpolitik und Lebensqualität. Abteilung Dienste an die örtliche Gemeinschaft, Gemeinde Bozen.*

Für weitere Informationen: beobachtungsstelle@gemeinde.bozen.it

Der Sozialplan¹ der Gemeinde Bozen ist ein Projekt zur sozialen Umgestaltung auf antizipativer Basis.

Die Herausforderungen der Zukunft erfordern die Fähigkeit, ein vorausschauendes Verständnis für künftige Veränderungen zu.

Der Sozialplan liefert das Zeugnis für die Arbeit, die getan werden sollte.



Prof. Roberto Poli

UNESCO-Lehrstuhl für Antizipative Systeme

¹ Zitate aus dem Vorwort des Sozialplanes von Prof. Roberto Poli, ordentlicher Professor an der Universität Trient, S. 10-11
[Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)



Comune di Bolzano
Stadtgemeinde Bozen

SOZIALPLAN 2024 – 2034

GESAMTÜBERSICHT

ZUKUNFTSZENARIEN UND MASSNAHMEN FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	8
1. Einleitung.....	9
2. Methoden.....	10
Strategische qualitative Interviews	11
Zukunftswerkstätten	11
Einbindung der Gemeinschaft und Kommunikationsmaßnahmen	12
Expressives Lesen.....	12
Übergreifender Ansatz	13
Etappen der Ausarbeitung des Sozialplanes.....	13
3. Bozen im Jahr 2023 – Kritische Aspekte	16
4. Bozen im Jahr 2034 – Gewünschte und realistisch mögliche Szenarien	22
5. Bozen im Wandel – Keime der Zukunft.....	28
6. Strategische Maßnahmen. Agenda 2024 -2034.....	34
Makroebene <i>Personenorientierte Dienstleistungen</i>	36
Makroebene <i>Wohnraum für alle</i>	44
Makroebene <i>Wirtschaftliches und psychosoziales Wohlergehen</i>	50
Makroebene <i>Partizipation und Gemeinschaftsentwicklung</i>	55
Makroebene <i>Partizipative Organisationskultur</i>	62
7. Auswirkungen und Ergebnisse des Projektes	68
Qualitative Auswirkungen.....	68
Quantitative Auswirkungen.....	70
Analyse der thematischen Verteilung	71
8. Abschließende Bemerkungen.....	73

Vorwort

Die Zukunft einer Stadt zu entwerfen bedeutet, auf die Gegenwart zu achten. Der Sozialplan der Stadt Bozen entspringt diesem Bewusstsein: Der Aufbau einer gerechteren, inklusiveren und widerstandsfähigeren Gemeinschaft erfordert Weitblick, Zuhören und Beteiligung.

Diese Gesamtübersicht ² soll allen – Verwaltungsangestellten, BürgerInnen, Fachkräften, Studierenden, Freiwilligen – einen Einblick in die Visionen und konkreten Maßnahmen geben, die von den Teilnehmenden im Rahmen der Ausarbeitung des Sozialplans entwickelt wurden.

Das Projekt des Sozialplans ist zwar formal abgeschlossen, hat aber weiterhin Auswirkungen und verfolgt weiterhin seine Vision. Es beschränkt sich nicht auf die Festlegung von Strategien und Dienstleistungen, sondern ist als strukturierter Prozess der kollektiven Transformation konzipiert, der in Synergie mit der lokalen Gemeinschaft entwickelt wurde und auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt und des Wohlbefindens der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist.

Dieses Synthesedokument soll als Orientierung für die Planung und das Handeln all jener dienen, die mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Kompetenzen aktiv zu einem kollektiven Transformationsprozess der Stadt Bozen beitragen möchten, der auf einer Vision basiert, in deren Mittelpunkt die Menschen und das Gemeinwohl stehen.

² Einen besonderen Dank an Britney Smakaj für ihren Beitrag und für die Revision des Textes.

1. Einleitung

Der Sozialplan Lebensqualität³ ist ein Planungsdokument, das vom Assessorat für Soziales der Stadt Bozen gefördert und im Zeitraum 2022-2024 in partizipativer Form ausgearbeitet wurde. Es werden darin wünschenswerte Zukunftsszenarien, vorrangige Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren (bis 2034) aufgezeigt.

An der Ausarbeitung des Sozialplans haben 770 Personen mitgewirkt, die die Möglichkeit hatten, ihre Visionen für die Stadt einzubringen, sich untereinander auszutauschen und aktiv an der Festlegung der Prioritäten und Zukunftsstrategien mitzuwirken. Der partizipative Prozess wurde mithilfe einer Vielzahl von Instrumenten durchgeführt: strategische Einzelinterviews, ein Online-Fragebogen auf der Website der Gemeinde Bozen, Zukunftswerkshops, Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch in den Stadtvierteln und expressive Erzählaktivitäten.

An dieser breit gefächerten und vielfältigen Aktion haben BürgerInnen, Mitglieder des Gemeinderates für Soziales und Sport, VertreterInnen der Stadtverwaltung, des Betriebs für Sozialdienste Bozen (BSB), des Gesundheitswesens, der Forschung, des dritten Sektors, der Verbände und Freiwilligenorganisationen sowie SchülerInnen der Oberstufe und Studierende teil.

Die gemeinsame Planung konzentrierte sich auf neun Themenbereiche, die durch eine eingehende qualitative Analyse der strategischen Interviews ermittelt wurden, welche nach Kriterien der Relevanz, der Häufigkeit und des Transformationspotenzials in Bezug auf die festgestellten systemischen Herausforderungen durchgeführt wurde: Wohnen, sozio-sanitäre Integration, Selbstbestimmung vulnerabler Menschen, Gemeinwohl, demografischer Wandel, Belastung durch die Familienführung, Armut, digitale Kluft, Organisationskultur. Davon ausgehend wurden Zukunftswerkstätten organisiert. Aus dieser Arbeit entstand die *Agenda des Sozialplans*. Eine weitere Phase, in der die Ideen, Überlegungen, Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Zukunftswerkstätten analysiert wurden, führte zur Systematisierung der *Agenda des Sozialplans Bozen 2024–2034*, die sich in 179 konkrete Maßnahmen gliedert. Diese Maßnahmen sind in 22 Maßnahmenblätter unterteilt, die jeweils einem bestimmten strategischen Ziel zugeordnet sind, sodass insgesamt 22 Ziele erreicht werden sollen. Die gesamte Struktur ist in fünf thematische Makrobereiche unterteilt, die als Rahmen für die Umsetzung der Strategien dienen.

Makrobereiche:

- Personenorientierte Dienstleistungen
- Wohnraum für alle
- Wirtschaftliches und psychosoziales Wohlergehen
- Partizipation und Gemeinschaftsentwicklung
- Partizipative Organisationskultur

Die im Kapitel „Bozen in Zahlen“ vorgestellten statistischen Daten bieten eine Reihe aussagekräftiger Indikatoren, die als Orientierung für die sozialen Interventionsstrategien dienen.

³ Der vollständige Sozialplan steht auf der Internetseite der Stadt Bozen unter folgenden Link zur Verfügung: [Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)

Dieser Interpretationsrahmen unterstützt die Festlegung gezielter, evidenzbasierter und auf die Bedürfnisse der Stadt zugeschnittener politischer Maßnahmen.

Der partizipative Prozess ermöglichte es, Makrophänomene und kritische Punkte zu identifizieren, die sich auf die derzeitige Lebensqualität auswirken, wünschenswerte Zukunftsszenarien zu skizzieren und konkrete Maßnahmen zu deren Umsetzung zu definieren. Die Überlegungen erstreckten sich auch auf die sogenannten *Keime der Zukunft*: bereits laufende Projekte und Initiativen, die den aktuellen Bedürfnissen entsprechen und vielversprechende Wege für die Entwicklung sozialpolitischer Maßnahmen aufzeigen, durch welche die Herausforderungen der Gegenwart bewältigt werden können.

Der Sozialplan bietet einen umfassenden Überblick über innovative Initiativen (*Keime der Zukunft*), die von der Stadt Bozen und dem Betrieb für Sozialdienste Bozen (BSB) gefördert werden und teilweise in Zusammenarbeit mit anderen lokalen Einrichtungen, privaten sozialen Trägern und Freiwilligenorganisationen entwickelt wurden. Diese Projekte stellen konkrete und bereits umgesetzte Antworten auf die aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse der Bevölkerung dar und tragen zum Aufbau eines Netzwerks integrierter Maßnahmen bei, die auf das kollektive Wohlergehen und den sozialen Zusammenhalt ausgerichtet sind.

Im methodischen Rahmen der sogenannten *drei Horizonte (Gegenwart – Zukunft – Übergang)* stellen die Keime der Zukunft konkrete Signale dar, die die Richtung vorgeben, in die wir uns bewegen müssen, um die kritischen Punkte der Gegenwart anzugehen und wünschenswerte und realistische Zukunftsszenarien zu entwerfen. Aus diesem Grund ist es von grundlegender Bedeutung, sie zu erkennen und zu nutzen, da sie Indikatoren für bereits stattfindende Veränderungen sind, die als Orientierung für Interventionsstrategien dienen und innovative und nachhaltige politische Maßnahmen inspirieren können.

2. Methoden

Die angewandte Methodik basiert auf Zukunftsstudien und strategischen Prognosen mit dem Ziel, mögliche Szenarien zu prognostizieren und die Sozialpolitik auf wünschenswerte und realistische Visionen auszurichten. Von grundlegender Bedeutung war die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Einbeziehung einer Vielzahl sozialer Akteure durch folgende grundlegende Vorgehensweisen:

- Strategische qualitative Interviews mit Schlüsselpersonen, um Visionen, Erfahrungen und Prioritäten zu sammeln, die für die Ausrichtung der nachfolgenden Prozessphasen nützlich sind.
- Online-Fragebogen, veröffentlicht auf der offiziellen Website der Stadt Bozen, mit denselben Fragen wie in den strategischen Interviews mit den BürgerInnen.
- Zukunftswerkstätten, basierend auf der Methode der 3 Horizonte:
 - H1 – Gegenwart: Analyse der kritischen Punkte und Unstimmigkeiten des derzeitigen Systems.
 - H3 – Gewünschte Zukunft: Entwicklung gemeinsamer Visionen und langfristiger Ziele.

- H2 – Übergang: Erkennen von Anzeichen eines Wandels und bereits laufende Initiativen (Keime der Zukunft).
- Veranstaltungen zum Austausch und zur Kommunikation: öffentliche Treffen, expressive Lektüren und Informationsinstrumente, die Transparenz gewährleisten, Zwischen- und Endergebnisse verbreiten und einen kontinuierlichen und einfühlsamen Dialog mit der Gemeinschaft anregen sollen.
- Übergreifender Ansatz

Strategische qualitative Interviews

Die während der Interviews gestellten Fragen, die sich am Ansatz der *Zukunftsstudien* und der *strategischen Prognose* orientierten, führten die Teilnehmenden zu einer strukturierten Reflexion über verschiedene Schlüsselaspekte, darunter:

- Entscheidende Fragen für die Zukunft Bozen
- Wünschenswerte Zukunftsszenarien
- Notwendige organisatorische Veränderungen
- Lehren aus der Vergangenheit
- Vorrangige Maßnahmen
- Ideale Entscheidungen bei Nichtvorhandensein von Hindernissen

Das Ziel war es, eine zukunftsorientierte Vision zu entwickeln, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet, um konkrete, zeitnahe und auf Veränderungen ausgerichtete Maßnahmen zu identifizieren. Dieser Ansatz ermöglichte es, bisherige Erfahrungen zu nutzen, aktuelle Probleme zu analysieren und Entwicklungsszenarien zu entwerfen.

Zukunftswerkstätten

Die Zukunftswerkstätten ⁴ sind partizipative Veranstaltungen, bei denen BürgerInnen und ExpertInnen aktiv zusammenarbeiten, um durch den Austausch von Ideen, Erfahrungen und Kompetenzen wünschenswerte und realistische Zukunftsszenarien zu entwerfen. Diese Werkstätten bedienen sich der im Rahmen der Zukunftsstudien entwickelten Methode der drei Horizonte (3H), die es ermöglicht, die Dynamik des Wandels zu analysieren und gemeinsame strategische Visionen zu entwickeln.

Im Laufe der Werkstätten wurden neun Themenbereiche vertieft, die anhand der in der Vorphase durchgeführten strategischen Interviews ermittelt wurden:

- Wohnen
- Die Selbstbestimmung der vulnerablen Personen
- Gemeingut
- Die demografischen Veränderungen
- Bewältigung der Familienlast
- Die Vernetzung zwischen dem Sozial- und dem Gesundheitsbereich

⁴ Um die Inhalte und die Analysen zu vertiefen, die aus den Zukunftswerkstätten hervorgegangen sind, kann das vollständige Dokument eingesehen werden, das auf der offiziellen Website der Gemeinde Bozen unter folgendem Link aufrufbar ist: [Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)

- Armut und Verarmung
- Digital Divide – Die digitale Kluft
- Die Betriebskultur

Diese Bereiche spiegeln die wichtigsten Herausforderungen und Chancen wider, die das aktuelle und zukünftige soziale Umfeld prägen, und bilden die Grundlage für die Entwicklung von Strategien, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.

Einbindung der Gemeinschaft und Kommunikationsmaßnahmen

Als grundlegender Hebel zur Förderung der Beteiligung wurde besonderes Augenmerk auf die Vermittlung des Projekts und seiner laufenden Ergebnisse sowie auf die Kommunikation gelegt. Die Gemeinschaft wurde durch eine Vielzahl von Instrumenten und Diskussionsrunden einbezogen, um Transparenz, Inklusivität und Zugänglichkeit zu gewährleisten:

- **Einschlägige Website:** Rubrik „Sozialplan 2034“ auf dem institutionellen Portal der Stadt Bozen mit technischen Begleitdokumenten, Daten, Informationsmaterial und Aktualisierungen.
- **Öffentliche Veranstaltungen:** offizielle Projektvorstellungen und Weitergabe der Zwischen- und Endergebnisse an die Bevölkerung.
- **Mehrsprachige Informationsmaterialien:** Erstellung und Verbreitung von Informationsinhalten, Pressemitteilungen und Aktualisierungen über die institutionellen sozialen Netzwerke.
- **Storytelling:** Expressives Vorlesen von zwei kurzen fiktiven Erzählungen, die von den Inhalten inspiriert sind, die während des partizipativen Prozesses entstanden sind. Eine Erzählung konzentriert sich auf die kritischen Punkte der Gegenwart, die andere auf eine mögliche Zukunftsvision.
- **Programmatischer Leitsatz:** Überlassen Sie die Entscheidung über die Zukunft Ihrer Stadt nicht anderen. Werden Sie selbst aktiv! Damit wird die Bedeutung der aktiven Beteiligung der Bevölkerung unterstrichen.

Eine kurze Erwähnung verdient das expressive Lesen, das als neues operatives Element eingeführt wurde.

Expressives Lesen

Es wird bei öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt und spricht das Publikum nicht nur auf kognitiver, sondern auch auf emotionaler Ebene an. Seine Einführung wurde durch den Wunsch motiviert, die Darstellung der gewonnenen Inhalte zugänglicher und ansprechender zu gestalten und so ein empathisches und partizipatives Verständnis der Herausforderungen und Zukunftsperspektiven zu fördern. Aus den vielen Gedanken, Wünschen und Erfahrungen, die im Rahmen der partizipativen Prozesse gesammelt wurden, sind zwei kurze Geschichten entstanden⁵. Zwei fiktive Geschichten, die jedoch tief in der Realität verwurzelt sind und uns auf eine Reise

⁵ Die Erzählungen können im vollständigen Dokument eingesehen werden, das auf der offiziellen Website der Gemeinde Bozen unter folgendem Link aufrufbar ist: [Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)

zwischen Gegenwart und Zukunft schicken: Die erste hilft uns, die täglichen Herausforderungen des Stadtlebens bewusster zu betrachten; die zweite lädt uns ein, uns eine mögliche, wünschenswerte Zukunft vorzustellen, die auf Gastfreundschaft und Gemeinschaftsgefühl basiert.

Übergreifender Ansatz

Die Überlegungen der Teilnehmenden wurden durch die Methode der strategischen Prognose geleitet und durch qualitative Untersuchungsinstrumente unterstützt, wodurch die Zusammenhänge und Korrelationen zwischen den verschiedenen sozialen Problemen deutlich wurden. Dieser Ansatz hat gezeigt, dass viele Herausforderungen übergreifend sind und von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geteilt werden.

Zwei musterhafte Beispiele:

- Der Zugang zu Wohnraum, sei es zur Miete oder zum Kauf, wird durch die hohen Kosten stark erschwert. Diese Schwierigkeit betrifft nicht nur MigrantInnen oder Menschen in prekären Verhältnissen, sondern auch Studierende und zunehmend auch Angehörige der Mittelschicht.
- Die Digitalisierung der öffentlichen Dienste stellt zwar eine Chance dar, kann jedoch für viele zu einer Barriere werden. Nicht nur für ältere Menschen oder Menschen mit geringen digitalen Kenntnissen, sondern auch für junge Menschen – die sogenannten *Digital Natives* – und potenziell für alle Personen, da der Zugang zu den Diensten nicht immer so intuitiv und unmittelbar ist wie die Interaktion in den sozialen Medien.

Etappen der Ausarbeitung des Sozialplanes

Die Infografik fasst die wichtigsten Etappen des Ausarbeitungsprozesses zusammen.

1. Analyse und Planung

Analyse der relevanten Fachliteratur, Zieldefinition und methodische Ausrichtung des Vorgehens.

2. Strategische Interviews

Erfassung der Visionen und Prioritäten wichtiger Stakeholder durch qualitative Interviews.

3. Auftaktveranstaltung

Öffentliche Vorstellung des Sozialplans und Beginn des partizipativen Prozesses.

4. Online-Fragebogen

Öffentliche Befragung der Bevölkerung anhand der institutionellen Plattform.

5. Zukunftswerkstätten

Partizipative Treffen, um Zukunftsszenarien zu entwerfen und gemeinsam Maßnahmen zu planen.

6. Sharing-Veranstaltungen

Öffentliche Treffen, Verbreitung von Zwischen- und Endergebnissen.

7. Abfassung des Dokuments

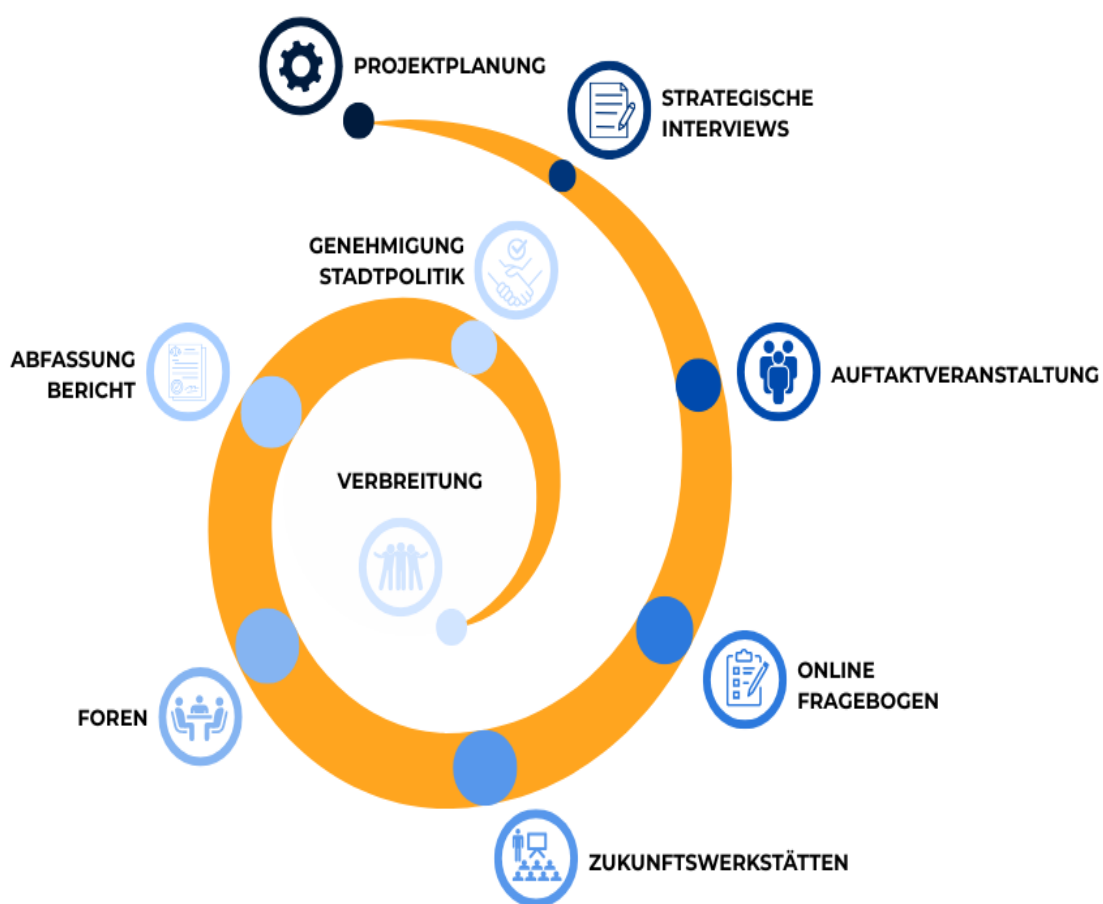
Strukturierung der gesammelten Beiträge und Erstellung des Sozialplans.

8. Institutionelle Genehmigung

Billigung des Plans durch die zuständigen Regierungsorgane.

9. Verbreitung des neuen Sozialplanes

Kommunikation und Weitergabe des Dokuments an die Bevölkerung und die lokalen Akteure.



Visuelle Dokumentation



Piano Sociale | Qualità della vita nella città di Bolzano
Linee Guida 2024 - 2034

Sozialplan | Lebensqualität in Bozen
Leitlinien 2024 - 2034



Die Reihenfolge der folgenden Kapitel, die sich mit den kritischen Punkten, den Zukunftsszenarien und den Keimen der Zukunft befassen, folgt der Struktur der 3-Horizonte-Methode (3H), die sich in drei Phasen gliedert: Horizont 1 – Gegenwart, Horizont 3 – Gewünschte Zukunft und Horizont 2 – Übergang. Dieser kognitive Sprung zwischen Gegenwart und Zukunft ist unerlässlich, um zu vermeiden, dass die Vision sich auf eine einfache Erweiterung des Bestehenden beschränkt. Anhand von Leitfragen und Diskussionsrunden werden die Teilnehmenden aufgefordert, konkrete Maßnahmen und gemeinsame Strategien zu entwerfen, um die aktuelle Realität in die gewünschte zu verwandeln.

3. Bozen im Jahr 2023 – Kritische Aspekte

Das Kapitel enthält eine Analyse der wichtigsten kritischen Aspekte⁶, die den soziologischen Kontext und die aktuelle Situation der Stadt Bozen prägen, wobei die Beiträge aus den Zukunftswerkstätten herangezogen werden, die in Kapitel 3.0 des Sozialplans aufgeführt sind. Der Bezugszeitraum (2023) endet mit einer fiktiven Erzählung, die von den Ergebnissen der partizipativen Untersuchung inspiriert ist und in zwei öffentlichen Veranstaltungen präsentiert wurde: bei der Vorstellung des Sozialplans (November 2022) und beim Treffen „Das Bozen, das ich mir wünsche“ (November 2023).

Bozen im Jahr 2023 – Der aktuelle Kontext

Die Stadt Bozen sieht sich mit einem komplexen Umfeld konfrontiert, das von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen geprägt ist. Zu den wichtigsten Dynamiken, die das aktuelle Umfeld prägen, zählen Verarmung, demografische Alterung, Schwächung der gemeinschaftlichen Bindungen, zunehmende Multikulturalität, Beschleunigung der Digitalisierungsprozesse, Durchsetzung individualistischer Modelle und wachsendes Misstrauen gegenüber den Institutionen. Ungleichheiten, Marginalisierung, urbane Unsicherheit und Schwierigkeiten beim Zugang zu Grundbedürfnissen nehmen zu. Dieses Szenarium führt zu einer zunehmenden sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Verwundbarkeit und gefährdet das Wohlergehen und die Unabhängigkeit der Menschen. Im Folgenden wird eine themenbezogene und strukturierte Zusammenfassung der wichtigsten kritischen Aspekte vorgestellt, die im Laufe des partizipativen Prozesses mit der Bevölkerung zutage getreten sind, mit dem Ziel, diese klar und prägnant hervorzuheben.

⁶ Methode der 3 Horizonte: 1H – Erster Horizont – Gegenwart



Sozioökonomische Krise und neue Vulnerabilitätsbereiche

- Die hohen Lebenshaltungskosten und steigenden Wohnkosten treffen auch die Mittelschicht und führen zu Verschuldung und Verarmung.
- Das Thema Wohnen stellt eine wachsende Herausforderung dar, die Obdachlose, ArbeitnehmerInnen in prekären Wohnverhältnissen und Teile der Mittelschicht betrifft, die zunehmend in sozioökonomischer Hinsicht vulnerabel werden.
- Die Gehälter halten nicht mit der Inflation Schritt, wodurch die Kaufkraft sinkt.
- Die öffentliche Fürsorge, der dritte Sektor und die Freiwilligenarbeit bemühen sich, die zunehmende soziale Verwundbarkeit einzudämmen, verfügen jedoch oft nur über begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen.
- Die Last der Betreuungsarbeit lastet aufgrund anhaltender kultureller Stereotypen und vor dem Hintergrund zerfallender familiärer Netzwerke und fehlender grundlegender Unterstützungsdienste weiterhin überwiegend auf den Frauen.
- Frauen mit erheblicher familiärer Belastung sind mit Stress, beruflichen Einschränkungen und dem Risiko künftiger Armut konfrontiert.
- Die Zahl der alleinerziehenden Familien in Not steigt, und es mangelt an Wohnlösungen, die mit den Betreuungsbedürfnissen vereinbar sind.

- Es mangelt an Studentenwohnheimen und Integrationsmaßnahmen für MigrantInnen.
- Wohnlösungen mit integrierter Betreuung entsprechen neuen Bedürfnissen, sind jedoch mit hohen Kosten und organisatorischen Herausforderungen verbunden (z. B. Hausautomation, qualifiziertes Personal).

Die Fragilität des Wohlfahrtswesens und der Druck auf den Dritten Sektor

- Das öffentliche Sozialwesen delegiert immer mehr Aufgaben an den Dritten Sektor, darunter auch bürokratische Aufgaben, ohne dass dies finanziell und institutionell angemessen anerkannt wird.
- Die Dienstleistungen werden oft über Ausschreibungen mit Niedrigstpreisverfahren vergeben, wodurch Qualität und Arbeitsbedingungen beeinträchtigt werden.
- Der Dritte Sektor agiert in einem fragilen Umfeld mit begrenzten Ressourcen und zunehmender Prekarisierung.
- Die Reform des Dritten Sektors erfordert von den Vereinen, dass sie sich ständig weiterbilden, oft ohne angemessene Unterstützung.

Unvollendete Integration von Sozial- und Gesundheitsdiensten

- Die Integration von Sozial- und Gesundheitswesen (Sozial- und Sanitätssprengel) ist noch unvollständig und fragmentarisch: Die Betreuung erfolgt sektoral, der Zugang zu den Dienstleistungen ist komplex und verwirrend.
- Die hohen Lebenshaltungskosten vertreiben Arbeitskräfte aus Bozen und verschärfen den Personalmangel, insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen.
- Das soziosanitäre Personal ist aufgrund fehlender gemeinsamer Strategien und gemeinsamer Räume für den Austausch und die Koordination nicht in der Lage, effektiv zusammenzuarbeiten.
- Das System der Sozial- und Gesundheitsdienste wird durch den zunehmenden Mangel an qualifiziertem Personal, prekäre Arbeitsbedingungen, operative Überlastung und weit verbreitete Burnout-Phänomene stark belastet, was zu einer Verringerung oder Einstellung der Aktivitäten führen kann.
- Es fehlen strukturierte Maßnahmen zur Förderung des Wohlbefindens des Personals, was sich auf die Motivation und die Kontinuität der Dienstleistungen auswirkt.

Digitalisierung und neue Ungleichheiten

- Die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen führt zu neuen Formen der Ausgrenzung aufgrund folgender Faktoren:
 - Zugangsunterschiede zu Geräten, Schulungen und Dienstleistungen;
 - Bürokratische und sprachliche Komplexität der telematischen Verfahren: für alle, auch für junge Menschen. Die Aktivierung des SPID ist viel komplexer als die Veröffentlichung eines Beitrags in sozialen Netzwerken;
 - Verlust der menschlichen Beziehung bei den Dienstleistungen.
- Das Personal ist überlastet und verfügt häufig nicht über die erforderlichen digitalen Kompetenzen, um sich an die laufenden technologischen Transformationsprozesse

anzupassen, was die Wirksamkeit organisatorischer und operativer Innovationen beeinträchtigt.

- Es fehlt eine gemeinsame und strukturierte politische Vision hinsichtlich der negativen Auswirkungen und kritischen Aspekte, die sich aus den Digitalisierungsprozessen im öffentlichen Dienst ergeben.
- Die verfügbaren technologischen Lösungen wie Telemedizin und Hausautomation werden im Vergleich zu ihrem Anwendungspotenzial im Sozial- und Gesundheitswesen bei weitem nicht ausreichend genutzt.

Überholte Organisationsmodelle ohne Wertebezug

- Es herrscht eine Führung mit bürokratischer und hierarchischer Kultur (Top-Down) vor, mit geringer Einbeziehung der Angestellten und der BürgerInnen.
- Es fehlt die Orientierung an Leitwerten wie Solidarität, Empathie und Dienstbereitschaft.
- Es fehlt eine klare Ausrichtung auf partizipative, integrative und auf das kollektive Wohlbefinden ausgerichtete Organisationsmodelle, die mit den Grundsätzen einer sich ständig weiterentwickelnden demokratischen Gesellschaft im Einklang stehen.
- Die Erfahrung und Kreativität der Angestellten werden nicht ausreichend genutzt.
- Der Notstandsansatz behindert die strategische Planung.
- Die Auswahl von Führungskräften berücksichtigt nicht immer Leistung und zwischenmenschliche Kompetenz.
- Die interne Kommunikation und die Kommunikation zwischen den Einrichtungen ist mangelhaft, was die Prozesse verlangsamt.
- Es fehlen strukturierte Verfahren zur Förderung des Wohlbefindens des Personals, was sich negativ auf die Motivation und die Kontinuität der Dienstleistungen auswirkt.

Kritische Aspekte im städtischen Kontext

- Die städtischen Räume sind nicht immer sauber, sicher oder zugänglich.
- Der Verkehr ist überlastet, die öffentlichen Verkehrsmittel sind ineffizient, und es bestehen weiterhin architektonische Barrieren.
- Es fehlt an menschlicher Belegung der Orte, technologische Überwachung ersetzt die menschliche Präsenz.
- Der Massentourismus führt zu Ungleichheiten und setzt den Wohnmarkt, der durch die Nachfrage von Studierenden und ausländischen BürgerInnen noch verstärkt wird, unter ständigem Druck.

Fragmentierte Governance und uneinheitliche politische Visionen

- Es fehlt eine gemeinsame, strategische und auf das Gemeinwohl ausgerichtete politische Vision.
- Es herrschen Technizismus, Spezialistentum und Partikularinteressen vor.

- Es fehlt eine strukturierte Koordination zwischen Assessoraten und Institutionen, was eine wirklich kooperative und wirksame Verwaltung der Stadt behindert.
- Die verschiedenen Zusammenschlüsse von BürgerInnen werden nicht in ihrer Rolle als aktive Motoren der Entwicklung anerkannt.
- Es fehlen Instrumente wie der partizipative Haushalt, Vorschriften zum Gemeinwohl und Investitionen in den sozialen Bereich.
- Es fehlt eine strukturierte Fundraising-Strategie und eine systematische Nutzung europäischer Finanzmittel zur Unterstützung innovativer und wirkungsvoller sozialer Projekte.
- Strukturelle Probleme werden mit fragmentarischen und notfallorientierten Ansätzen angegangen.

Verarmung burnout
 Ungleichheiten **Alterung**
Soziale Abwertung
Wertekrise Individualismus
 hohe **Formalismus**
 Preise Überbelastung Vulnerabilität
 Fragmentierung **digitale**
Einsamkeit Kluft

4. Bozen im Jahr 2034 – Gewünschte und realistisch mögliche Szenarien

Im Rahmen der Zukunftswerkstätten stellten sich die Teilnehmenden Bozen als eine Stadt vor, die innerhalb 2034 die Grundsätze des Ziels 11 der UN-Agenda vollständig umsetzt, das darauf ausgerichtet ist, Städte und Siedlungen als inklusive, sichere, widerstandsfähige und nachhaltige Orte zu gestalten. In diesem Szenarium wird die Stadt- und Sozialplanung von einem systemischen und menschenzentrierten Ansatz geleitet, der die individuelle Autonomie und Verantwortung fördert. Die öffentlichen Maßnahmen überwinden die Fragmentierung und fördern integrierte Dienstleistungen. Die Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Gesundheitspersonal und Verwaltungsangestellten gewährleistet eine einheitliche Betreuung, unterstützt durch ein zentrales digitales Portal und zahlreiche Anlaufstellen in den Bürgerzentren.

Die öffentlichen Dienste bieten vielfältige Lösungen an, die sich daran orientieren, die Integrität des Menschen und sein Bedürfnis nach Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zu respektieren. Gemeinde, Land und Zivilgesellschaft haben die Wohnungsnot mit synergetischen Strategien und geförderten Bauvorhaben bewältigt, wodurch die Kosten gesenkt und die Zugänglichkeit verbessert wurden. Die Politik hat sich dafür entschieden, das Thema Armut offen anzugehen, indem sie einen partizipativen Dialog und eine realistische Darstellung des Phänomens fördert.

Die Gemeinschaft steht im Mittelpunkt der öffentlichen Politik, mit Investitionen in pädagogische und partizipative Prozesse, die das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Die Ausbildung ist humanistischer Prägung und inklusiv, ausgerichtet auf persönliches Wachstum, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung.

Das Vertrauen in die Politik wurde durch die Erarbeitung gemeinsamer Visionen, den Austausch von Kompetenzen und den Aufbau von Netzwerken zwischen öffentlichen Akteuren und BürgerInnen wiederbelebt. Die Stadtviertel werden durch Gemeinschaftsprojekte revitalisiert, an denen Jugendliche und Erwachsene beteiligt sind, die so generationsübergreifend Erfahrungen und Kompetenzen austauschen.

Soziale Unternehmen und öffentliche Einrichtungen wenden partizipative Organisationsmodelle an, die auf die Wertschätzung der Humanressourcen und den strategischen Informations- und Erfahrungsaustausch ausgerichtet sind. Die internen Beziehungen basieren auf gemeinsamen Werten und Überwinden damit traditionelle hierarchische Strukturen. Die Arbeitsumgebungen wurden neu gestaltet, um das Wohlbefinden von Mitarbeitenden und NutzerInnen zu fördern, während die Einführung von Bottom-up-Entscheidungsprozessen dazu beigetragen hat, die Wirksamkeit und Effizienz der erbrachten Dienstleistungen zu verbessern.

Bozen ist eine Stadt, die zuhört, Vielfalt schätzt und den Dialog fördert. Schulen und Bildungseinrichtungen vermitteln schon den Kleinsten den sorgsamen Umgang mit Gemeingütern, den Wert der Solidarität und des Zusammenlebens. Die ehrenamtliche Arbeit ist fest im städtischen Gefüge verankert und wird von den lokalen Institutionen unterstützt. Mit dem Preis „Stadt der Freiwilligenarbeit“ hat sie eine wichtige nationale Anerkennung erhalten, die ihre zentrale Rolle in der Gemeinschaft unterstreicht.

Niemand wird zurückgelassen: Ein flächendeckendes System der Aufnahme und Inklusion garantiert Würde und Sicherheit. Bozen ist eine Stadt, die mit den Menschen wächst, die in Beziehungen, Kultur und Teilhabe investiert. Eine gerechte, von Zusammenhalt und Solidarität geprägte Stadt.



Politische Visionen und institutionelle Synergien

Die Wandlung Bozens zu einer inklusiven, nachhaltigen und partizipativen Stadt ist das Ergebnis einer bewussten, auf das Gemeinwohl ausgerichteten politischen Vision. Geleitet von den Werten der Verantwortung und Transparenz arbeiten die politischen EntscheidungsträgerInnen über Parteigrenzen hinweg zusammen, um gemeinsame Probleme anzugehen. Politische Entscheidungen werden nicht mehr von Machtinteressen diktiert, sondern von einer Kultur des Dialogs und der Mitverantwortung, die durch Instrumente der direkten Demokratie und durch eine multidisziplinäre Beobachtungsstelle unterstützt wird, die partizipative Prozesse begleitet und Aktionspläne aktualisiert.

Beobachtungsstelle für soziokulturelle Entwicklung

Soziales ist immer auch kulturell: Die Praxis der Fürsorge, Inklusion und Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf die Dimension der Hilfeleistung, sondern ist auch mit der Schaffung von gemeinsamen Inhalten, Werten und Identitäten verflochten. Die Beobachtungsstelle für soziokulturelle Entwicklung spielt eine strategische Rolle bei der Förderung gemeinsamer Planungs- und Programmierungsprozesse. Sie unterstützt den Dialog zwischen Verwaltung, Universitäten, dem dritten Sektor, Unternehmen, Freiwilligenorganisationen und der Zivilgesellschaft, indem sie partizipative Methoden anregt und Kompetenzen und Erfahrungen stärkt. Durch öffentliche Diskussionsforen und -veranstaltungen trägt das Observatorium dazu bei, auf koordinierte Weise auf neue Bedürfnisse einzugehen, Ungleichheiten zu bekämpfen und eine gerechte und würdige Lebensqualität für alle zu fördern. Instrumente wie der Bürgerhaushalt stärken die direkte Demokratie, indem sie den BürgerInnen die Möglichkeit geben, Maßnahmen für die Stadt vorzuschlagen und darüber abzustimmen, auch über digitale Plattformen und Zukunftswerkstätten. Der ständig aktualisierte Sozialplan bildet den Bezugsrahmen für diese Politik und fördert den demokratischen und inklusiven Austausch. Ziel ist es, politische Maßnahmen für die Öffentlichkeit zu treffen, die auf Nähe, Zuhören und Mitverantwortung basieren.

Organisatorische Innovation und Beteiligungskultur

Der Paradigmenwechsel in der Organisationskultur hat die öffentlichen Einrichtungen verändert: Der Führungsstil ist partizipativ und fördert die Eigenverantwortung. Führungskräfte treffen Entscheidungen nicht nur auf der Grundlage von Verfahren, sondern auch auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Die Mitarbeitenden werden in die Vision und Mission der Organisation einbezogen, können die Verantwortlichen bewerten und beteiligen sich aktiv an der Festlegung der Ziele. Die Beziehungen basieren auf Dialog, Zuhören und der Suche nach gemeinsamen Lösungen.

Organisatorisches Wohlbefinden und Personalentwicklung

Die Arbeitsstätten wurden saniert und auf das Wohlbefinden der Nutzenden und Mitarbeitenden ausgerichtet. Die Personalentwicklungsdienste fördern jede einzelne mitarbeitende Person, stärken das Zugehörigkeitsgefühl und das Bewusstsein für die soziale Rolle jedes/jeder Einzelnen. Dieser Ansatz hat die Effektivität und Effizienz der organisatorischen Maßnahmen verbessert und sich positiv auf die gesamte Gemeinschaft ausgewirkt.

Bewertung der Wirkung und kontinuierliche Überprüfung

Um die Wirksamkeit der Dienstleistungen und der umgesetzten Maßnahmen zu messen, setzen die Gemeinde und ihre Partner Instrumente zur Wirkungsmessung ein. Dieser Prozess ermöglicht es, den Grad der Bedarfsdeckung, den erzielten Mehrwert und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen im Hinblick auf die festgelegten Ziele zu bewerten und zu quantifizieren. Die Überprüfung ist nicht nur ein Kontrollmechanismus, sondern ein dynamischer Prozess der kontinuierlichen Interaktion mit der Planung, der es ermöglicht, die laufenden Maßnahmen anzupassen und ihre Wirksamkeit und Übereinstimmung mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung zu steigern.

Polyzentrismus und Gemeinschaftsentwicklung

Der Polyzentrismus ist kein theoretisches Konzept mehr, sondern gelebte Realität: Jedes Stadtviertel ist ein wichtiger Knotenpunkt der Stadt mit Dienstleistungen, kulturellen Attraktionen und touristischen Initiativen. Die im Einklang mit dem Sozialplan 2024–2034 geförderten Initiativen in den Stadtvierteln beziehen Gemeinschaften, Vereine und Schulen aktiv ein und stärken so das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit der Stadt. Die BürgerInnen fühlen sich in ihrem Stadtteil zu Hause und beteiligen sich mit Begeisterung an dessen sozialer und kultureller Umgestaltung, indem sie der Isolation entgegenwirken und Gemeinschaftlichkeit als Gegenmittel zum Individualismus fördern. Bozen ist eine lebenswerte, zugängliche und nachhaltige Stadt. Die Gehälter sind an die Lebenshaltungskosten angepasst, die Wohnungen sind sicher und erschwinglich. Die Luft ist sauber, die Mobilität ist umweltfreundlich und für alle gedacht. Die Stadtviertel werden durch multikulturelle Märkte, städtische Gemüsegärten und Grünflächen belebt.

Beziehungsräume und städtische Sicherheit

Die Stadt bietet inklusive und barrierefreie Treffpunkte für Menschen jeden Alters, die auch in der Freizeit und am Wochenende genutzt werden können. Diese Orte fördern den Aufbau sozialer Bindungen und tragen zum individuellen und kollektiven Wohlbefinden bei. Das weit verbreitete Zugehörigkeitsgefühl hat dank einer aktiven Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Ordnungskräften unter Einhaltung der Vorschriften, der städtischen Anstandsregeln und des zivilen Zusammenlebens zur Stärkung der städtischen Sicherheit beigetragen. Der ganzheitliche Sicherheitsansatz setzt auf Prävention, Beteiligung und Pflege des öffentlichen Raums als grundlegende Instrumente für eine lebenswertere und solidarischere Stadt.

Städtebauliche Umstrukturierung und aktive Beteiligung

Die städtebauliche Umstrukturierung wurde von der Gemeinde in Zusammenarbeit mit Verbänden, Unternehmen, Händlern, Jugendlichen und Universitäten vorangetrieben. Die Gestaltung von Räumen und sozialen Aktivitäten bezog die Bevölkerung, StadtplanerInnen und BauunternehmerInnen aktiv mit ein und förderte eine Kultur der Fürsorge für Orte und Menschen. Diese Maßnahmen wirkten der sozialen Isolation entgegen, die sich während der Pandemie verschärft hatte, und ermöglichten es den Menschen, ihr Bedürfnis nach Beziehungen und Zugehörigkeit wiederzuentdecken.

Vernetzte Dienste, Selbstbestimmung und inklusive Gemeinschaften

Bozen hat ein System aufeinander abgestimmter, flexibler und auf die einzelnen Bedürfnisse zugeschnittener Sozial- und Gesundheitsdienste entwickelt. Dank einer ergonomischen

Digitalisierung, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Menschen ausgerichtet ist, ist der Zugang zu den Diensten einfach, inklusiv und respektiert die Würde der Einzelnen. Im Mittelpunkt dieses Modells steht das Prinzip der Selbstbestimmung: Jeder Mensch wird aktiv in die Gestaltung seines eigenen Wohlbefindens einbezogen, unter Berücksichtigung seiner Möglichkeiten und Wünsche. Dieser Ansatz wird übergreifend angewendet, mit dem Ziel, auf die Bedürfnisse der Menschen in ihrer Einzigartigkeit einzugehen und die starren traditionellen Kategorisierungen der Dienstleistungen zu überwinden. Die Lebensqualität hat sich dank der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Provinz, die sich um die am stärksten benachteiligten Gruppen - d.h. Flüchtlinge, MigrantInnen, Obdachlose, Jugendliche, Familien und Einzelpersonen in Not, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen - gekümmert haben, deutlich verbessert. Inklusion ist zu einer konkreten Praxis geworden, die durch Wohnungspolitik, zugängliche und vielfältige Dienstleistungen und umweltfreundliche Verkehrsmittel für alle unterstützt wird.

Aufwertung der Pflegearbeit und Chancengleichheit

Die Pflegearbeit wird endlich als wesentlich für die Lebensqualität der Gemeinschaft anerkannt: Sie wird angemessen vergütet und wertgeschätzt und von einer politischen Führungsschicht unterstützt, die sich ihrer strategischen Rolle bewusst ist. Auch die aus familiären Gründen geleistete Pflegearbeit wird gesellschaftlich und wirtschaftlich anerkannt, mit speziellen Unterstützungsmaßnahmen und aktiven politischen Strategien, die ihren Wert schützen und ihre Würde fördern. Die Gleichstellungspolitik zielt darauf ab, die Pflegeaufgaben gerecht zu verteilen, die Belastung der Frauen zu verringern und das Risiko einer künftigen Verarmung aufgrund von Entlassungen oder Arbeitszeitverkürzungen zu verringern.

Verbesserter und vereinfachter Zugang zu den Diensten

Die Investitionen in Humanressourcen haben die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (Punti Unici di Accesso, PUA) ermöglicht, die die Information und den Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen vereinfachen. Die Bürgerzentren, die ausgebaut und mit anderen städtischen Dienstleistungen vernetzt wurden, bieten einen koordinierten Zugang auch zu kulturellen und touristischen Angeboten und verwirklichen so die Idee einer zentralen Anlaufstelle für die Bevölkerung.

Digitalisierung und Technologie

Die Digitalisierung der Dienstleistungen ist personenorientiert, wobei eine vereinfachte Rechtssprache verwendet wird und die Unterstützung auch durch Präsenzschafter und qualifiziertes Personal gewährleistet ist. Die Technologie steht im Dienst des kollektiven Wohlergehens: Instrumente wie Hausautomation, Telemedizin, Energieeinsparung und Umweltüberwachung sind mittlerweile fester Bestandteil des Alltags der Bürger und Verwaltungen.

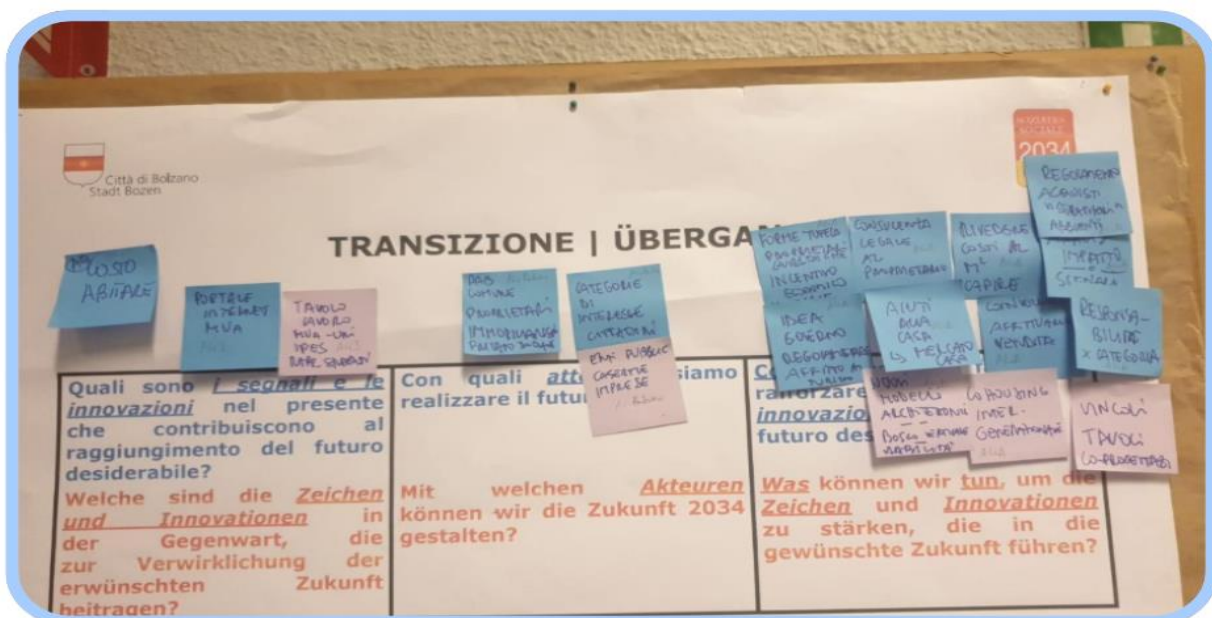
Umweltverträglichkeit und Kreislaufwirtschaft

Bozen hat den Übergang zu einem ökologischen und kreislaforientierten Stadtmodell vollzogen. Die Abfallwirtschaft ist effizient und wird durch Belohnungs- und Bestrafungssysteme gefördert. Die Digitalisierung hat den Papierverbrauch reduziert und den Zugang zu Dienstleistungen vereinfacht. Grünflächen und städtische Hausgärten haben sich vervielfacht, während die Sharing Economy zu einer weit verbreiteten Praxis geworden ist. Nachhaltige Mobilität und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen machen die Stadt sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig.

Monitoring Transparenz Beteiligung Wohnung
Innovation
Nachhaltigkeit einfacher Zugang
bottom up **Schalter vor Ort**
Polyzentrismus gemeinsame Nutzung
Gemeinschaft Austausch **Inklusion**
Gemeingut Verantwortung
Sicherheit gepflegtes Stadtbild

5. Bozen im Wandel – Keime der Zukunft

Von 2019 bis 2024 haben die städtische Beobachtungsstelle für Sozialpolitik und Lebensqualität und der Betrieb für Sozialdienste Bozen (BSB) zahlreiche Projekte in verschiedenen Bereichen durchgeführt. Diese Initiativen sind echte Keimzellen für die Zukunft: konkrete Zeichen, die wünschenswerte Szenarien vorwegnehmen und mit vielen der Visionen übereinstimmen, die in den Workshops des Sozialplans entstanden sind. Innerhalb des methodologischen Rahmens der 3 Horizonte können diese Projekte als Indikatoren für Veränderungen gelesen werden: Elemente des zweiten Horizonts (2H), die die Richtung des Übergangs von den kritischen Punkten der Gegenwart hin zu möglichen und wünschenswerten Zukunftsszenarien vorgeben. Diese Aktivitäten zeugen zudem vom gemeinsamen Engagement der Gemeinschaft und der Institutionen für den Aufbau einer gerechteren, inklusiveren und nachhaltigeren Zukunft. Dieses Engagement schlägt sich in gezielten Maßnahmen in verschiedenen Bereichen nieder: Aufnahme, Dienstleistungen und wirtschaftliche Unterstützung für schutzbedürftige Menschen, Unterstützung für Familien und Minderjährige, Förderung der Freiwilligenarbeit, Forschungs- und Sensibilisierungsaktivitäten.



Prävention und Sensibilisierung

- Theateraufführung "Stupezatto" gegen den Drogenmissbrauch.
- Projekt 4S für die Verkehrssicherheit (Alkohol und Drogen).
- Sensibilisierungskampagne zur Prävention von Betrug an älteren Menschen.
- Studie *Auswirkungen der Maßnahmen zur Bewältigung des Covid-19-Notstands auf die Lebensqualität der BürgerInnen.*

Notlagen und Aufnahme

- Unterstützung bei der Suche von Unterkünften für ukrainische Flüchtlinge.
- Winterliche Notunterkünfte für Obdachlose (Nachtunterkünfte und Tageszentren).
- Notunterkunft Gorio 2: Aufnahme und vorübergehende Unterstützung von einheimischen und zugewanderten Familien und alleinstehenden schwangeren Frauen.
- Bereitstellung von vorübergehenden Unterkünften für obdachlose Familien (verschiedene Standorte in der Palermostraße, in der Cagliaristraße, im „Haus Graf Forni“).

Soziale Inklusion und Wohnprojekte

- Projekte FAMI und LGNetEA für eine schnelle Integration im Wohnungswesen.
- Projekt HNT0 zur Unterstützung der beruflichen und wohnlichen Autonomie sowie zur Förderung des psychophysischen Wohlbefindens.
- ESF-Projekt für benachteiligte junge Menschen (18-35 Jahre, vorwiegend Frauen).
- Koordinierungsgruppe "Wohnen" zur Abstimmung der Aktionen zwischen lokalen Körperschaften und Vereinen.

Institutionelle Zusammenarbeit

- Vereinbarungen mit dem Gericht Bozen (Ableistung gemeinnütziger Arbeit, Bewährungshilfe).
- Planung von Strategien zur Verbesserung der Gemeinschaftsentwicklung.
- Projekt in Zusammenarbeit mit dem Dritten Sektor zum Betrieb eines Tageszentrums mit Essensausgabe und Übernachtungsmöglichkeit.

Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund

Mehrsprachige Information

- Ratgeber in 11 Sprachen mit Infos für einen einfacheren Zugang der MigrantInnen zu den Diensten.

Projekte BIW

- *Bilden Informieren Wohnen:* Netzwerkaktionen zwischen Einrichtungen, Organisationen, Freiwilligen und MigrantInnen zur Förderung von Inklusion, Beteiligung und Eigenständigkeit.

- *Bildung und Information*: interkultureller Dialog und partizipative Bedarfsanalyse.

Projekte CA-MM-INI

- *Stärkung der Kapazitäten der MigrantInnen*: Information über lokale Institutionen und die Nutzung von Dienstleistungen sowie den Aufbau von Netzwerken.
- *CA-MMI-NI 2.0*: Schulungen für Vereine von Menschen mit Migrationshintergrund zur Planung und Durchführung von Veranstaltungen.

Andere Aktionen

- *Bildungsangebot*: jährliche Publikation über Sprachlernangebote.
- *Fachplan zum Thema soziales Unbehagen* für die Dienststelle für Soziale Integration des BSB.
- *Projekt LGNetEA/Fami 2*: Gemeindenetzwerk für schnelle Hilfe und wohnliche Notfalldienste im Rahmen der Ausschreibung für die Nachtaufnahme „COMINI“.

Inklusion der Menschen mit Behinderung

Mobilität und Zugänglichkeit

- *Taxi Mobility*: Erstattung der Kosten für Taxifahrten.
- *Easy Toilet*: kostenloser Zugang zu Toiletten in öffentlichen Einrichtungen.
- *Öffentliche Verkehrsmittel für alle*: Tagung und Sensibilisierung in Bezug auf die Anpassung der Gleise am Bahnhof Bozen.

Einrichtung neuer Fachdienste:

- *SpezialistInnenteam für ASS* (Autismus-Spektrum-Störung).
- *Landesdienststelle Adoption*.

Arbeitsinklusion

- *Seminar und Leitfaden*: Sensibilisierung hinsichtlich der Gesetzgebung und der Anreize für ArbeitgeberInnen, die Menschen mit Behinderung anstellen.
- *Tagung "Wir haben's geschafft!"*: berufliche Erfolgsgeschichten.

Kunst und Kultur

- *disABILITY – Kunstaussstellung*: Ausstellung von Werken von KünstlerInnen mit Behinderung.

Bildung und Forschung

- *Interner Schulungskurs*: Inklusion und Diversitätsmanagement.
- *Das Manifest der Wünsche*: Ermittlung der Wünsche der Menschen mit Behinderung und Sensibilisierungsplakat.
- *Was ich trotz meiner Behinderung alles machen könnte!* Wünsche und Zukunftsaussichten zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in Sport und Freizeit.

- *Selbstbestimmtes Leben*: Interviews und Sensibilisierung zum Thema der Inanspruchnahme wirtschaftlicher Leistungen.

Wohn- und Tagesstätten

- *Wohngemeinschaft* im Mariaheimweg.
- *Tagesbetreuungsdienst für Jugendliche mit schwerer Behinderung* in der Europaallee.
- *Sozialpädagogische Tageszentren* in der Baristraße.
- *Wohnheim* in der Alessandriastraße.

Unterstützung für Menschen in wirtschaftlicher Notlage

Forschung und Untersuchungen

- *La Bottega Santo Stefano*: Studie über die Solidaritätsmärkte der Stadt Bozen.
- *Armut und Gesundheit*: Untersuchung zu den wirtschaftlichen Barrieren, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung von Menschen in finanzielle Not erschweren.

Verteilung von Gütern und Nahrungsmittelhilfe

- *Foodnet-Netzwerk*: Finanzierung des Kaufs von Lebensmitteln zur Verteilung an bedürftige Menschen.
- *Einkaufskarte "Carta dedicata a te"*: finanzielle Unterstützung für den Kauf von lebensnotwendigen Gütern.

Orientierungshilfe und Dienste

- *"Bozen, eine aktive und solidarische Stadt"*: Stadtplan mit Angabe der Dienste für Obdachlose.
- *Arbeitseinheit*: Projekte für die EmpfängerInnen wirtschaftlicher Unterstützungsmittel.
- *Projekt PON-Inklusion*: Projekt zugunsten der EmpfängerInnen öffentlicher Wirtschaftshilfe.

Aufnahme

- *Wohnplätze für arbeitende Obdachlose und gefährdete Frauen* (Schlachthofstraße 15).

Eingliederung in die Arbeitswelt

- *Projekte AES*: Arbeitsprojekte für EmpfängerInnen von Familienbeihilfen.

Unterstützung der Freiwilligenarbeit

- *Freiwilligenmesse*: Veranstaltung zur Förderung der Freiwilligenorganisationen und zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie die Caritas, das Weiße Kreuz und andere Sozialpartner.

Unterstützung des selbständigen Lebens älterer Menschen

Technologische Unterstützung und Innovation

- Projekte gAALAxY und i-evAALution: Treffen mit älteren Menschen und Unterstützung der von Eurac Research durchgeführten Forschung.
- Installation technischer AAL-Lösungen (Active and Assisted Living) in den geschützten Seniorenwohnungen und gleichzeitige Einrichtung einer Notrufzentrale.
- Studie "Erfahrungen in den geschützten Seniorenwohnungen" über die Nützlichkeit und Wirksamkeit der AAL-Technologien.
- Einführung von Hausautomationssystemen in den Seniorenwohnungen, um Komfort, Sicherheit und Selbständigkeit der SeniorInnen zu steigern.
- Sensorik-Projekte in den Seniorenwohnheimen "Villa Europa", "Villa Serena" und "Villa Armonia".

Einrichtungen und Dienste:

- Komplettsanierung des Seniorenwohnheims Don Bosco.
- Schaffung von betreuten Wohnungen für ältere Menschen im Stadtviertel Kaiserau.
- Start der Wohnbegleitungsdienste im Stadtviertel Kaiserau.
- Ausbau der Mahlzeitenlieferung "Essen auf Rädern" (+28,4% gegenüber 2019).
- Zusammenarbeit zwischen BSB und dem SHV-RentnerInnen für kleine Reparaturen in den Wohnungen älterer Menschen.

Forschung und Planung:

- *Was im Alter wichtig ist*: Fokusgruppen und Erstellung eines Leitfadens zur Strategischen Planung.
- Dokument *Pflegelandkarte* sektorspezifisches Planungsinstrument für Dienste im Seniorenbereich.
- Studie über die *Auswirkung der Berufsausbildung für PflegehelferInnen und SozialbetreuerInnen auf die Qualität der Dienste*, in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Bozen und der Schule für Sozialberufe Lévinas.

Prävention und Mobilität:

- Präventionskampagne "Vertrauen ist gut ... Vorsicht ist besser" gegen Betrug an ältere Menschen.
- Vereinbarung mit der Zweckvereinigung Auser, Anteas, Ada für den Transport und die Begleitung von älteren Menschen in Bozen.

Unterstützung von Minderjährigen und Familien

- Ausbau der Sommerbetreuung in den BSB-Kinderhorten.
- Ausbau der Betreuungsplätze in den Kindertagesstätten.
- Renovierung des Kinderhorts *Il Veliero* in der Venediger Straße.
- Ausweitung des Dienstes zur Frühunterstützung von Familien *Frühe Hilfen* vom Stadtviertel Don Bosco auf ganz Bozen.
- Einleitung von Gemeinschaftsprojekten für Minderjährige und Familien in bisher unterversorgten Stadtteilen.
- Ausbau des Dienstes *Familienbegleitung und Pädagogische Frühförderung von Kindern mit Beeinträchtigung*.
- PNRR-Projekte zur Unterstützung der Elternkompetenz und Prävention der Gefährdung von Familien und Kindern.

Information und Kommunikation

- *Leitfaden für die Sozialdienste der Stadt Bozen* in leichter Sprache.
- Umfragen zur Erhebung der Zufriedenheit der NutzerInnen mit den Diensten.
- Kommunikation über soziale Medien (Facebook und Instagram) um Echtzeitkommunikation mit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Strategische Maßnahmen. Agenda 2024 -2034

Im Laufe der Ausarbeitung des Sozialplans für die Lebensqualität der Stadt Bozen, die in den vorhergehenden Kapiteln dokumentiert ist, haben die TeilnehmerInnen in den verschiedenen partizipativen Phasen zahlreiche kritische Phänomene und zahlreiche verbesserungswürdige Aspekte identifiziert, um zu einem Plan von Zielen und Maßnahmen zu gelangen, mit denen die gewünschte Zukunft erreicht werden kann. Die 179 Maßnahmen, die in diesem Kapitel aufgelistet sind, ergeben sich aus den Antworten auf die Frage *"Was können wir tun, um die gewünschte Zukunft zu erreichen?"*.

Die Bozner Agenda 2024-2034 umfasst insgesamt 22 Ziele und 22 Maßnahmenkataloge, die in fünf Makroebenen zusammengefasst sind.

Bei den Makroebenen handelt es sich um:

- personenorientierte Dienstleistungen
- Wohnraum für alle
- wirtschaftliches und psychosoziales Wohlergehen
- Partizipation und Gemeinschaftsentwicklung
- partizipative Organisationskultur

Die Methoden der Zukunftsforschung berücksichtigen die Transversalität der Phänomene, was zu einer engen Verbindung zwischen den Makrobereichen und den entsprechenden Interventionsmaßnahmen führt, die sich auf die Lebensqualität der Menschen auswirken.



Makroebene *Personenorientierte Dienstleistungen*

Gegenwart

Die Gegenwart ist geprägt von globalen Makrophänomenen wie der Alterung der Bevölkerung, dem Rückgang der Geburtenrate, des zunehmenden Multikulturalismus und der immer stärkeren Digitalisierung des Alltags. Diese Veränderungen erhöhen die soziale Komplexität und die Vielfalt der Bedürfnisse und führen zu einer steigenden Nachfrage nach sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen. Die Dienstleistungen für die Menschen sind jedoch fragmentiert und die Verwaltungsprozesse zu spezialisiert, was zu Verwirrung bei den NutzerInnen und zu einer Überlastung der Fachkräfte führt. Das Personal ist unterbesetzt und unterbezahlt, und die Sozialarbeit wird nicht angemessen gewürdigt. Die öffentliche Verwaltung delegiert häufig Aufgaben an den dritten Sektor und an Freiwillige, aber auch diese Bereiche haben aufgrund des Rückgangs der Anzahl der ehrenamtlich Tätigen und aufgrund des Mechanismus der Ausschreibungen zum niedrigsten Preis, die die Qualität der Dienstleistungen beeinträchtigen, mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Gewünschte Zukunft

Die Planung der Sozial- und Gesundheitsdienste zielt darauf ab, die Fragmentierung der Leistungen zu überwinden, indem ein personenzentrierter Ansatz und eine ganzheitliche Sichtweise verfolgt werden. Die Selbstbestimmung des Einzelnen und die persönliche Verantwortung werden gestärkt. Die Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Gesundheitspersonal und Verwaltungsangestellten, unterstützt durch gemeinsame Datenbanken, ermöglicht eine integrierte Betreuung. Die Bevölkerung hat über ein einziges digitales Portal einfachen Zugang zu den Dienstleistungen. Die Aufstockung des Personals hat die Qualität und Flexibilität des Angebots verbessert. Die Politik erkennt den Wert der Freiwilligenarbeit, des dritten Sektors und der Sozialarbeit als Motoren der Entwicklung und Förderer des sozialen und wirtschaftlichen Kapitals an.



Ziel: Verbesserung des Zugangs zu Informationen

Maßnahmenkatalog

- Bestandsaufnahme und Netzbildung bestehender Dienstleistungen (öffentliche/private Dienstleister, Dritter Sektor und Freiwilligendienste).
- Gestaltung einer ergonomischen und transparenten Website für die Suche nach Auskünften, sozialer/gesundheitlicher/wirtschaftlicher Unterstützung und Informationen zum Thema Wohnen (Verwendung von Leichter Sprache / Gebärdensprache / viersprachige Kommunikation (Englisch) / kontrastreiche Farben etc.).
- Gestaltung einer gemeinsamen Website der Gemeinde und des Betriebs für Sozialdienste Bozen BSB, die nicht nur beratend, sondern auch interaktiv tätig ist (Berücksichtigung von Leichter Sprache / Gebärdensprache / dreisprachiger Kommunikation / kontrastreicher Farben usw.).
- Stärkung des Sozialsekretariats des BSB, zum Beispiel:
 - In jedem Stadtviertel die Dienste für die Entgegennahme von Erstanfragen zu den sozialen und gesundheitlichen Bedürfnissen ausbauen und umstrukturieren und die Anfragen an die verschiedenen Sozial- und Gesundheitsbezirke weiterleiten.
 - Erstellung eines zentralen Informationszentrums, das auch die Ressourcen der Künstlichen Intelligenz nutzt und an das sich die BürgerInnen wenden können. Es gibt verschiedene Etagen mit Büros, die zu unterschiedlichen Themen Auskunft geben, z.B. eine Etage für Wohnfragen, eine für die Bedürfnisse älterer Menschen, eine für Fragen junger Menschen und so weiter.
- Regelmäßige Veröffentlichung einer Zeitung, die den BürgerInnen nach Hause geschickt wird, und Informationen über die lokalen Sozial- und Gesundheitsdienste enthält.
- Förderung des aktiven Zuhörens der BürgerInnen (z. B. Investition in die Schulung des Personals in Aspekten des aktiven Zuhörens wie Empathie und Akzeptanz, um ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die BürgerInnen verstanden fühlen; Gewährleistung einer raschen Antwort auf E-Mails und andere Mitteilungen der BürgerInnen, um deren Zeit und Bedürfnisse zu respektieren; Einführung eines Rückmeldesystems/Stärkung des "StadtSensors", der es den BürgerInnen ermöglicht, ihre Meinung über die erhaltenen Dienstleistungen zu äußern und diese Informationen für eine kontinuierliche Verbesserung zu nutzen)".

Ziel: Unterstützung der Selbstbestimmung

Maßnahmenkatalog

- Förderung der Selbstbestimmung und der persönlichen Verantwortung der BürgerInnen bei der Wahl der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen und Interventionen (z.B. im Kontext eines Krankenhausaufenthalts oder eines dauerhaften Aufenthalts in einem Pflegeheim). Die NutzerInnen/PatientInnen entscheiden, soweit möglich, über die persönliche Betreuung und die zu erreichende Ziele: vom Programm der verschiedenen täglichen Aktivitäten, wie die Weckzeit am Morgen, die Zeit und Auswahl des Mittagessens, bis hin zur Möglichkeit, ihr Zimmer nach ihren eigenen Vorlieben einzurichten.
- Die Mindestversorgung wird gewährleistet, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, wobei die Wünsche der betroffenen Person in Bezug auf die Gesundheits- und Sozialfürsorge und die sie betreffenden Behandlungen respektiert werden (z.B. Gewährleistung kostenloser Vorsorgeuntersuchungen).
- Ermöglichung des Zugangs der BürgerInnen zu Dienstleistungen in allen Landesteilen.
- Schulung der Sachwalter mit dem Ziel, das Potenzial und die verbliebenen Fähigkeiten ihrer Schützlinge aufzuwerten und sie zu ermutigen, selbst Entscheidungen zu treffen: Identifizierung der Bereiche, in denen der Schützling lernen kann, sich selbst zu organisieren, und Identifizierung der Bereiche, in denen der Sachwalter eingreifen muss.
- Ausbau und Werbung für Beratungsstellen, an die sich Menschen im Konfliktfall mit ihrem Vormund oder Betreuer wenden können, um Informationen zu erhalten und in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden.
- Verstärkung der Kontrolle über die Erfüllung der jährlichen Berichtspflichten durch die Sachwalter an den Vormundschaftsrichter.

Ziel: Verbesserung der Organisation der Dienstleistungen

Maßnahmenkatalog

- Förderung regelmäßiger Bedarfsanalysen für Dienstleistungen und NutzerInnen und Arbeitskräften.
- Förderung der Mitplanung (Co-Programmazione) und der Mitgestaltung (Co-Progettazione) anstelle von öffentlichen Ausschreibungen, auch unter Einbeziehung der Stakeholder, die Zielgruppen der Maßnahmen sind.

- Bürokratie abbauen und die Organisation der Dienstleistungen vereinfachen, um sie flexibler zu gestalten und an die Bedürfnisse der BürgerInnen anzupassen (zum Beispiel, Standardisierung von Formularen/Regelungen/Vereinfachung der Instrumente zur Umsetzung des Ehrenamtgesetzes).
- Förderung ethischer Grundsätze bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch die Einführung von speziellen Kriterien, die lokale Unternehmer und den dritten Sektor begünstigen und einen angemessenen Lohn für die ArbeitnehmerInnen garantieren.
- Organisation von Diskussionsrunden und institutionellen Treffen mit Menschen, die einen Prozess der Autonomieerlangung durchlaufen haben oder aus besonderen kritischen Situationen herausgekommen sind (mit dem Ziel der Selbsthilfe, der Prävention und der Verbesserung des Dienstleistungsangebots und der Lebensqualität in der Stadt; sie können als BeraterInnen für Sozialdienste und Stadtpolitik fungieren und ihre Erfahrungen mit anderen austauschen).

Ziel: Ausbau und Schaffung von Dienstleistungen
--

Maßnahmenkatalog

- Unterstützung des Roten Kreuzes Bozen durch Beiträge für den Betreuungsdienst von Personen, die in der Notaufnahme warten.
- Förderung von niedrigschwelligen, rund um die Uhr verfügbaren psychosozialen Beratungsdiensten, die sich sowohl an die breite Öffentlichkeit als auch an DienstleistungsanbieterInnen im Rahmen von Präventionsmaßnahmen zur psychischen Gesundheit richten.
- Einbeziehung der Apotheken als lokale Gesundheitszentren (z. B. Angebot von Dienstleistungen wie Überwachung der Therapietreue, Vereinbarung von Facharztterminen und Lieferung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten nach Hause).
- Förderung der Verkürzung der Wartezeiten für Krankenhausuntersuchungen und Behandlungen.
- Sicherstellen, dass, im Rahmen der Zuständigkeit der öffentlichen Einrichtung, die Betreuung von Personen gewährleistet wird, die nach der Entlassung aus dem Krankenhaus Pflege benötigen, mit besonderem Augenmerk auf ältere Menschen und Personen mit schweren Erkrankungen.

- Sicherstellung und Gewährleistung einer sozialen und gesundheitlichen Versorgung rund um die Uhr in den Sozial- und Gesundheitssprengel, soweit dies in den Zuständigkeitsbereich fällt.
- Schaffung von speziellen Einrichtungen und Diensten für junge Menschen, die an ALS (amyotrophe Lateralsklerose) oder Multipler Sklerose erkrankt sind.
- Einrichtung eines spezialisierten Zentrums für Demenzerkrankungen, das außerhalb von Pflegeheimen tätig ist, um Angehörige von DemenzpatientInnen, die nicht in Pflegeheimen leben, zu unterstützen: kognitive Stimulation, Beschäftigungstherapie, Bedarfsanalyse durch Neuropsychologen.
- Sicherung und Stärkung der Behandlung chronischer Erkrankungen im Alter, orientiert an einem integrierten Ansatz, der biologische, psychologische und soziale Aspekte berücksichtigt.
- Sicherstellung der Kontinuität der Betreuung durch die Dienste im Laufe der Zeit, auch wenn die Person älter wird (zum Beispiel Stärkung der familienunterstützenden Dienste und der pädagogischen Frühförderung für Familien und ihre Kinder mit Entwicklungsverzögerungen/-störungen oder Behinderungen von 0 Jahren bis über das Erwachsenenalter hinaus).
- Ausbau kostengünstiger Dienstleistungen, die den besonderen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowohl bei der Kinderbetreuung als auch bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger - auch in zeitlicher Hinsicht und bei der Wahl der Art der Dienstleistung (z.B. Kinderhorte, Nachmittagsbetreuung, Entlastungsdienste, Hauspflegedienste, Kinderbetreuungszulage, Bereitstellung von KulturvermittlerInnen in der Kinderkrippe) - gerecht werden.
- Gründung von Gemeinschaftsgenossenschaften zur aktiven Beteiligung der BürgerInnen an der Organisation wichtiger lokaler Dienstleistungen, zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Eingliederung und der Aufwertung lokaler Ressourcen.
- Bereitstellung von öffentlichem Raum für private Organisationen zur Erbringung von Dienstleistungen für die Gemeinschaft, wie z.B. Kinderbetreuung und Nachtkrippen (bis 14 Jahre).
- Personalwechsel in der Kurzzeitpflege vermeiden.
- Ermittlung von Maßnahmen zum Schutz pflegender Familienangehöriger (z.B. finanzielle Unterstützung, Zulagen oder Beihilfen für Familienangehörige, die Vollzeit die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen übernehmen; Anregung der Verabschiedung von Gesetzen zur Anerkennung der Rolle pflegender Familienangehöriger und zum Schutz ihrer

arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche; Schulungsprogramme und Dienste für psychologische und logistische Unterstützung).

- Anpassung, bei Bedarf, der Bettenzahl in Seniorenwohnheimen, besonders durch die Realisierung von neuen Strukturen.
- Stärkung des Anti-Gewalt-Netzes.
- Deckung des Bedarfs an geschützten Wohnungen für Frauen, die Opfer von Gewalt sind.
- Einbeziehung der Männer in einen kulturellen Veränderungsprozess und Erziehung zum Respekt gegenüber Frauen.
- Die Verwaltung behält sich vor, die Möglichkeit der Einführung von Gender Budgeting zu prüfen.

Ziel: Förderung der sozio-sanitärer Integration im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten.

Maßnahmenkatalog

- Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Organisation von Sozial- und Gesundheitsdiensten.
- Förderung einer gemeinsamen politischen und verwaltungstechnischen Struktur für die Umsetzung der Sozial- und Gesundheitsdienste (z.B. ein einziges Landes- und Gemeinderessort, das für das Sozial- und Gesundheitswesen zuständig ist und einen gemeinsamen Haushaltsplan führt).
- Förderung einer gemeinsamen Arbeitsweise und Zielsetzung der Leiter der Sozial- und Gesundheitsdienste der verschiedenen Verwaltungsstrukturen.
- Ausarbeitung von Richtlinien und Kooperationsprotokollen, die den Austausch von Informationen regeln, die für die Hilfeleistung an die Person nützlich sind (z.B. gemeinsame Datenbanken, Treffen von multidisziplinären Teams, etc.).
- Standardisierung von Protokollen für die Erbringung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen (z.B. Koordination zwischen Sozial- und Gesundheitsfachkräften, die Hauspflegedienstleistungen für dieselbe Person erbringen), wobei die Wünsche des Patienten und seine Privatsphäre zu respektieren sind.
- Förderung informeller Treffen zwischen den Dienstleistungsanbietern und den Patienten/Betreuten und ihren Familien, um technische, erzieherische und pädagogische Informationen auszutauschen, persönliche Bedürfnisse zu besprechen usw.

- Integration von Bildungsangeboten zu Themen der sozialen und gesundheitlichen Integration mit dem Ziel, eine gemeinsame Kultur und Sprache zu schaffen und Netzwerke aufzubauen (z.B. Zusammenarbeit, Koordination und gemeinsame Planung zwischen Berufsverbänden und Bildungseinrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, Prüfungsthemen in Hochschulstudiengängen, Weiterbildungsthemen für Fach- und Führungskräfte, Sensibilisierungstagungen und Austausch bewährter Verfahren zu Maßnahmen der sozialen und gesundheitlichen Integration, Förderung von interdisziplinären Ausbildungen und Berufspraktika).

Ziel: Unterstützung des Dritten Sektors und des Ehrenamtes

Maßnahmenkatalog

- Die öffentliche Hand unterstützt, zusammen mit lokalen Akteuren, den Dritten Sektor und das Ehrenamt sowohl hinsichtlich der Ideenentwicklung als auch wirtschaftlich (z.B. Aktivierung von Netzwerken unter der Leitung der Stadtgemeinde, um den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren zu unterstützen).
- Förderung des Ehrenamtes durch die Vergabe von Gutscheinen (z.B. Freifahrtscheine für öffentliche Verkehrsmittel, Fahrradverleih) und durch die Einrichtung einer Zeitbank.
- Förderung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit älterer und nicht älterer Menschen, die sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen wollen.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen durch den Austausch von Freiwilligen.
- Förderung des Zivildienstes auch als Vorruhestandsjahr und Sabbatjahr, im Einklang mit den nationalen und landesrechtlichen Bestimmungen.
- Überlegungen zur Zulassung kommerzieller Aktivitäten von Vereinen zur Finanzierung ihrer Projekte (z.B. Solidaritäts-Weihnachtsmarkt).
- Prüfung der Anpassung der gemeinderechtlichen Bestimmungen an die Landesregelungen zur Förderung des Ehrenamtes bei der Gewährung von Beiträgen.

Makroebene *Wohnraum für alle*

Gegenwart

Die Wohnungsnot betrifft nicht nur einzelne Personen, sondern stellt ein gesellschaftliches und systemisches Problem dar, das die gesamte städtische Gemeinschaft betrifft. Selbst die Mittelschicht hat trotz regelmäßiger Einkünfte Schwierigkeiten, mit den hohen Lebenshaltungskosten und den hohen Immobilienpreisen fertig zu werden. Staatliche Subventionen sind zwar nützlich, lösen das Problem jedoch nicht und können zu spekulativen Dynamiken führen. Das Fehlen einer strukturierten Strategie für den öffentlichen und geförderten Wohnbau erschwert den Zugang zu Wohnraum zunehmend. Wohngemeinschaften bieten nur teilweise Lösungen, gehen aber nicht auf die Ursachen der Notlage ein. Die Folge sind zunehmende Ungleichheiten, Marginalisierung und städtische Unsicherheit, wobei in jedem Stadtviertel immer mehr bedürftige Menschen zu sehen sind.

Gewünschte Zukunft

Die Gemeinde, die Provinz und die Zivilgesellschaft haben sich mit der Wohnungsnot befasst, indem sie eine gemeinsame Vision entwickelt und koordinierte Strategien ausgearbeitet haben, die über die Logik der „rechtlichen und territorialen Zuständigkeiten“ hinausgehen. Ein Plan für geförderten sozialen Wohnungsbau hat die Zahl der verfügbaren Wohnungen erhöht und die Kauf- und Mietkosten gesenkt. Die Löhne sind an die Lebenshaltungskosten angepasst, und es gibt verschiedene Wohnformen und -dienste, zwischen denen die BürgerInnen wählen können. Die Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie die Bildungsangebote und die Hilfeleistungen bei der Haushaltsführung haben dazu beigetragen, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen und Vorurteile und Vorbehalte seitens der VermieterInnen abzubauen. Die Verfügbarkeit von Wohnraum für alle ist ein Beitrag zur Wahrung des Menschenrechts auf eine Wohnung als persönlichen Rückzugsort, des Rechts auf persönliche und öffentliche Sicherheit sowie des Rechts auf eine gepflegte Stadt.



Ziel: Ermittlung von Wohnraumlösungen

Maßnahmenkatalog

- Unterstützung und Ausbau des öffentlichen und geförderten Wohnungsbaus.
- Fortsetzung der Erfassung leerstehender Gemeindewohnungen, um das Flächenmanagement effizienter und die Stadtplanung bewusster zu gestalten.
- Erfassung von verlassenen Häusern und Gebäuden, die dem allmählichen Verfall und der Selbstzerstörung preisgegeben sind.
- Überdenken der Logik des territorialen Wohnungsbaus im Hinblick auf die finanzielle Tragfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger.
- Ermittlung neuer Wohnflächen in den Nachbargemeinden
- Einrichtung eines ständigen Diskussionsforums zum Thema Wohnen in Bozen, das sich aus Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Berufsverbände, des Dritten Sektors, der Sozialdienste, der Immobilienverwaltungen und der Gewerkschaften zusammensetzt.
- Schaffung eines breiten Spektrums von Wohnlösungen, aus denen die Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihren Bedürfnissen wählen können, zum Beispiel:
 - Stärkung/Schaffung von Wohnraum mit Begleitung und Wohnhilfe (z.B. solidarisches Wohnprojekt, in dem die MieterInnen Betreuungs- oder Hilfspersonal teilen, geschützte Unterkünfte für Senioren, Stärkung des Hauspflegedienstes).
 - Stärkung des Angebots an Trainingswohnungen für benachteiligte Menschen.
 - Schaffung von Wohngemeinschaften für Menschen, die auf professionelle Hilfe angewiesen sind, sich aber einen privaten Freiraum erhalten möchten.
 - Schaffung von solidarischem Wohnraum in öffentlichen oder halböffentlichen Eigentumswohnungen zur Förderung der Generationenvielfalt und der Nutzung von Zeitbanken nicht nur für benachteiligte Menschen, sondern für Menschen aus allen sozialen Schichten.
 - Unterstützung privater Cohousing-Initiativen für Seniorinnen und Senioren.
 - Einrichtung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen in bestehenden Pflegeeinrichtungen oder in deren Nähe.
 - Maximierung der Bettenzahl in dem geplanten Seniorenwohnheim im Rosenbach-Gebäude im Stadtviertel Oberau-Haslach durch Aufstockung um 120 Betten.

- Erhöhung der Bettenzahl im Seniorenwohnheim der Stiftung Rauschertor in der Rauschertorgasse um 40 Betten.
- Erweiterung der Bettenzahl im Seniorenwohnheim Villa Europa um 32 Betten durch den Bau eines fünften Stockwerks.
- Erweiterung der Bettenzahl im Seniorenwohnheim Villa Harmonie um 16-20 Betten durch den Bau eines fünften Stockwerks.
- Suche nach alternativen Formen der häuslichen Pflege und Betreuung älterer Menschen, wie z.B. Cohousing, solidarische Wohngemeinschaften und Pflegedienste (zum Beispiel Umwandlung der geschützten Seniorenwohnungen in der Vintlerstraße, der Reschenstraße und der Claudia-Augusta-Straße in begleitetes und betreutes Wohnen für Senioren).
- Prüfung der Möglichkeit, in der Stadt Bozen weitere Seniorenwohnheime zu errichten bzw. zu erweitern.
- Gesetzliche Regelungen zum Schutz der Gastgeberinnen von inklusivem Cohousing, um die Wohnbedürfnisse von Menschen, die keine Wohnung finden (z.B. Studierende oder Arbeitnehmer), und von Menschen, die leichte Pflege oder Gesellschaft benötigen, in Einklang zu bringen. Dies könnte durch die Festlegung klarer Auswahlkriterien und Regeln sowie die Einrichtung einer Plattform und Vermittlungsstelle erreicht werden.
- Aufrechterhaltung einer Aufsichtsstruktur für die Roma- und Sinti-Bevölkerung in den bestehenden Mikrozonieren der Stadt Bozen.
- Ausarbeitung eines Plans für das reguläre Migrationsmanagement (im Gegensatz zum Notfallmanagement) für die Stadt Bozen und das Land Südtirol durch die Stadtverwaltung, die Landesregierung und das zuständige Ministerium.
- Prüfung des Beitritts der Gemeinde Bozen zum Netzwerk SAI (Sistema di Accoglienza e Integrazione/ System für Aufnahme und Integration) mit Priorität für schutzbedürftige Personen (ehemals SPRAR/SIPROIMI).
- Einladung an die Provinz Bozen, die Landesgesetzgebung zu überarbeiten, die die Unterbringung von zugewanderten Familien in getrennten Einrichtungen vorsieht.
- Verbesserung der Aufnahme von Familien mit minderjährigen Kindern durch Förderung einer gerechten Verteilung der Familien im gesamten Provinzgebiet und in regulären städtischen Einrichtungen.

Ziel: Ermittlung von Dienstleistungen rund ums Wohnen

Maßnahmenkatalog

- Aktivierung lokaler Netzwerke zwischen privatem und öffentlichem Sektor, Drittem Sektor und Wohnbetreuungsdiensten.
- Einrichtung eines Dienstes für "Wohnungssuche" und "Wohnbegleitung", um die gesellschaftliche Wiedereingliederung hilfsbedürftiger Personen zu erleichtern (zum Beispiel Bereitstellung von Übergangsunterkünften für ehemalige Strafgefangene und Obdachlose).
- Einrichtung und Stärkung von Beratungsstellen in den Sozialsprengel für ein selbstbestimmtes Leben zur Umsetzung des Gesetzes D.P. 7/2015".
- Weiterhin die Entwicklung von Technologien, die Menschen mit Behinderungen oder älteren Menschen das Leben zu Hause erleichtern und Kommunikations- sowie Beziehungsmöglichkeiten unterstützen, fördern.
- Die Bereitstellung von Fördermitteln für Maßnahmen der Hausautomatisierung zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens fortsetzen.
- Förderung der Möglichkeit, Wohnungen zwischen privaten Eigentümern zu tauschen.
- Ausbau von Übergangseinrichtungen für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, und ihre Kinder nach ihrem Aufenthalt in einem Gewaltschutzzentrum.
- Förderung von reservierten Schlafplätzen in Jugendherbergen für UniversitätsstudentInnen und Förderung des Baus von Studentenwohnheimen.

Ziel: Erweiterung der Bürgschaften und Zuschüsse

Maßnahmenkatalog

- Förderung verstärkter Formen des Eigentümerschutzes (z.B. Senkung der Mietsteuer, Senkung der Steuer auf nicht eingenommene Mieten, Verkürzung der Mieträumungsfristen bei schuldhaftem Mietrückstand, Einrichtung eines Mietzahlungsgarantiefonds bei unverschuldetem Mietrückstand, Schaffung flexiblerer Vertragsformen, Einrichtung eines finanziellen Vermittlungsdienstes (best practice in Margreid).
- Förderung von Versicherungsangeboten zur Deckung von Sachschäden und Renovierungskosten.

- Aktualisierung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Mietzinsbeihilfen im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Krise.
- Senkung der Standards für die Renovierung von Gemeinde- und Ipeswohnungen mit dem Ziel, die Bereitstellung und Verfügbarkeit von Sozialwohnungen zu beschleunigen.
- Unterstützung der Wohnungseigentümer durch finanzielle Anreize zur Renovierung und Ausstattung ihrer Mietwohnungen.
- Schaffung von Anreizen für energiesparendes Bauen und Sanieren durch öffentliche Förderung.
- Ausbildung in Bezug auf Respekt und Wohnungsnutzung (z.B. Entwicklung von Projekten, die Kinder und Erwachsene auf ein selbständiges Leben vorbereiten, Schulung in staatsbürgerlicher Erziehung, Vertragswesen, Haushaltsführung, Instandhaltung).

Makroebene *Wirtschaftliches und psychosoziales Wohlergehen*

Gegenwart

In Bozen führen die hohen Lebenshaltungskosten zu einer zunehmenden Verarmung, von der auch die Mittelschicht betroffen ist. Die wirtschaftliche Not wirkt sich negativ auf das allgemeine Wohlbefinden aus und erhöht die soziale und psychische Vulnerabilität. Es sind hohe Raten von Unwohlsein, Abhängigkeiten und Depressionen zu verzeichnen, begleitet von Einsamkeit und dem Verlust des Gemeinschaftsgefühls. Die Verarmung ist daher nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch kultureller und emotionaler Natur und bedroht die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Bürger. Die politische und führende Klasse ist aufgefordert, verantwortungsbewusst und methodisch Maßnahmen zur Bekämpfung verschiedener zusammenhängender Formen der Verarmung zu ergreifen: wirtschaftliche, bildungsbezogene, zwischenmenschliche und gemeinschaftliche Verarmung.

Gewünschte Zukunft

Der politische Wille, das Thema Armut offen anzugehen, hat eine lebhafte Debatte über den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem und psychosozialem Wohlergehen ausgelöst. Die Maßnahmen basieren auf einer realistischen und gemeinsamen Sichtweise des Phänomens, die durch Daten und Erkenntnisse lokaler Akteure gestützt wird. Die Strategien zur Bekämpfung der Armut sind aufeinander abgestimmt und beziehen öffentliche Einrichtungen, den dritten Sektor, Schulen, Vereine und Freiwilligenorganisationen mit ein. Sozialarbeitende verfügen über gemeinsame Instrumente für eine umfassende und die Privatsphäre respektierende Betreuung mit dem Ziel, das allgemeine Wohlergehen und die Selbstständigkeit der Menschen zu stärken.



Ziel: Förderung von Sensibilisierungs- und Präventionsmaßnahmen

Maßnahmenkatalog

- Förderung von Sensibilisierungs- und Präventionsmaßnahmen sowohl im Bereich der Finanzverwaltung als auch im psychosozialen Bereich.
- Einrichtung von/Teilnahme an ständigen Diskussionsforen zu psychosozialen Themen, die sich aus VertreterInnen der Behörden, der Sozial- und Gesundheitsdienste und des Dritten Sektors zusammensetzen.
- Einrichtung eines ständigen Diskussionsforums gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Bozen, bestehend aus VertreterInnen der öffentlichen Institutionen, der Berufsverbände, des Dritten Sektors, der Sozialdienste, der Immobilienverwaltungen und der Gewerkschaften.
- Förderung einer Landesbeobachtungsstelle für Armut mit besonderem Schwerpunkt auf der Stadt Bozen (z.B. Ermittlung der Bedürfnisse des Gebiets durch die Sammlung von Daten).
- Schaffung einer Verwaltungstechnischen Struktur, die strategische Entscheidungen zur Bekämpfung der Armut in all ihren Formen trifft.
- Bewertung der Auswirkungen von Investitionen in soziale Dienstleistungen auf das wirtschaftliche und psychophysische Wohlbefinden der Bevölkerung und auf dem öffentlichen Haushalt.

Ziel: Förderung und Verbesserung des Psychosozialen Wohlbefindens

Maßnahmenkatalog

- Einführung von Maßnahmen zur Förderung des psychosozialen Wohlbefindens und der finanziellen Unabhängigkeit der Begünstigten und Beobachtung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Unterstützung auf ihre Lebensqualität.
- Entstigmatisierung und Enttabuisierung von Themen im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit.
- Förderung von Theater, Kultur und Sport und ihrer sozialen Funktion als grundlegendes Element der Selbstwahrnehmung und des Umgangs mit anderen Menschen (z.B. Ermutigung aller Altersgruppen zum direkten Kennenlernen und Erforschen der Theaterpraxis durch Workshops, beginnend in der Schule, aber auch durch Fortbildungskurse am Arbeitsplatz.).

- Ermittlung der Bedürfnisse von Personen und Jugendlichen mit psychischen Problemen, verschiedenen Suchterkrankungen und Traumata sowie die Schaffung spezialisierter sozialmedizinischer Einrichtungen.

Ziel: Verbesserung des wirtschaftlichen Wohlergehens

Maßnahmenkatalog

- Förderung einer zugänglichen Sharing Economy für alltägliche Bedürfnisse wie Kleidung, Möbel, Car- und Bike-Sharing.
- Schaffung und Förderung spezieller Gelegenheiten und finanzieller Anreize für Studierende, z.B:
- Anreize für öffentliche Lokale, Studentenabende zu veranstalten, mit entsprechenden Preisnachlässen auf Getränke.
- Ausdehnung des Südtirol PASS ABO+ auf alle Studierenden, unabhängig vom Alter.
- Ermäßigte Eintrittspreise für Sporthallen, Stadtbäder, Fitnessstudios usw.
- Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den Bedürfnissen der Studierenden und denen der Bürgerinnen und Bürger zur Förderung eines harmonischen Zusammenlebens in der Stadt unter Berücksichtigung des wichtigen Beitrags der Studierenden zur Wirtschaft der Stadt.
- Möglichkeiten in Erwägung ziehen, dass jene, die nicht in der Lage sind, die Miete für IPES- oder Sozialwohnungen zu zahlen oder Rechnungen zu begleichen, freiwillige Arbeit leisten.

Ziel: Förderung von Anstellungsmöglichkeiten und Berufsausbildung

Maßnahmenkatalog

- Förderung von beruflichen Ausbildungswegen für benachteiligte Personen, die einen Beruf erlernen und in ein Arbeitsumfeld integriert werden möchten, in Abstimmung mit den zuständigen Landesräten und den Sozialpartnern.
- Förderung einer Unternehmenspolitik, die die Einstellung und Integration von Fachkräften für die Betreuung von ArbeitnehmerInnen mit Behinderungen unterstützt.
- Ermutigung der in diesem Bereich zuständigen Institutionen zur Anerkennung spezifischer, außerhalb der Provinz absolvierter Ausbildungen (z.B. Erzieher im Kindergarten).
- Den Sozialpartnern vorschlagen, ein Arbeitsprotokoll für die Landeshauptstadt auszuarbeiten.
- Förderung von gemeinsamen Veranstaltungen mit der Arbeitswelt, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Arbeitssuche und Weiterbildung zu unterstützen und zu beraten.
- Förderung der sozialen und/oder wirtschaftlichen Anerkennung von ArbeitgeberInnen, die ihren Angestellten Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbieten.
- Förderung von finanziellen Unterstützungsmaßnahmen und Weiterbildungsinitiativen für Kleinunternehmen.
- Schaffung von Anreizen für die Einstellung von Praktikanten und Minderjährigen, mit geeigneten Schutzmaßnahmen, um sie vor Ausbeutung zu schützen.
- Regelung zur sofortigen Arbeitsmarktvermittlung von Asylbewerbern und Flüchtlingen unter Berücksichtigung von Schutzmaßnahmen.
- Förderung der in diesem Bereich zuständigen Institutionen, um den Zugang zu bestimmten Berufsprofilen im sozialen Bereich zu erleichtern, unter Berücksichtigung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen (z.B. Psychologie, Soziologie, Sozialarbeit, Erziehungswissenschaften).

Makroebene *Partizipation und Gemeinschaftsentwicklung*

Gegenwart

Der aktuelle soziokulturelle Kontext ist geprägt von einer Wertekrise, fragilen Beziehungen, sozialer Ausgrenzung und zunehmendem Individualismus. Das Misstrauen gegenüber den Institutionen führt zu Distanzierung und Gleichgültigkeit. Der Sozialbereich, einschließlich des dritten Sektors und der ehrenamtlichen Arbeit, befindet sich aufgrund steigender und sich wandelnder Bedürfnisse in einer schwierigen Lage. Die politischen Maßnahmen sind oft fragmentarisch, auf Notfälle ausgerichtet und ohne ganzheitliche Vision. Es fehlt ein synergetischer und flexibler Ansatz, der auf dem Zuhören gegenüber der Bevölkerung und der Aufwertung der Gemeinschaftsnetzwerke basiert. Die BürgerInnen und Fachleute werden trotz ihres potenziellen Beitrags nicht aktiv in die Gestaltung der Sozialpolitik einbezogen.

Gewünschte Zukunft

Die Politik auf Landes- und Gemeindeebene konzentriert sich auf die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls und des Gemeinschaftsgefühls. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung und die Einbeziehung des dritten Sektors sind für die Planung und Umsetzung sozialer Maßnahmen von grundlegender Bedeutung. Partizipative und kooperative Prozesse haben das Vertrauen in die Politik und die gemeinsame Verantwortung gestärkt. Aktive Bürgerschaft trägt zum psychosozialen Wohlbefinden bei und wirkt der Einsamkeit entgegen, auch dank gepflegter, zugänglicher und inklusiver öffentlicher Räume. Die Stadt zeichnet sich durch Umweltqualität, Lebensqualität und Solidarität aus.



Ziel: Förderung der Beteiligung

Maßnahmenkatalog

- Organisation und Aufwertung partizipativer Veranstaltungen mit politischen EntscheidungsträgerInnen, um kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Aktivitäten zu entwickeln und die strategischen Ziele der Stadt gemeinsam mit den BürgerInnen zu definieren.
- Einführung der Verordnung über das Gemeingut und Einrichtung eines speziellen Gemeindebüros.
- Ständige Aktualisierung des Sozialplans durch Förderung periodischer Diskussionsforen, die für alle zugänglich sind und BürgerInnen und ExpertInnen zu bestimmten Themen einbeziehen, Beobachtung der Umsetzung der Maßnahmen des Sozialplans und Durchführung von Folgenabschätzungen zur kontinuierlichen Aktualisierung, Berichterstattung über die Tätigkeit der Institution.
- Förderung des Verständnisses für die Funktionsweise der politischen Regierungsorgane (z.B. durch die Organisation von Besuchen bei politischen Institutionen und Schulprojekten).
- Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidungsprozesse in allen Bereichen, die sie unmittelbar betreffen (Schulen, Vereine, Arbeit, Stadt, soziale Dienste...).
- Erarbeitung neuer Wege der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den BürgerInnen im Hinblick auf eine wirksamere Förderung von Partizipation und Bürgerengagement.

Ziel: Stärkung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit

Maßnahmenkatalog

- Förderung der Zusammenarbeit zwischen den StadträtInnen bei der gemeinsamen Planung, bei der Festlegung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen und bei politischen Entscheidungen, die durch Stellungnahmen der Ämter unterstützt werden (Entwicklung einer gemeinsamen Vision für die Stadt).
- Sicherstellen, dass die Landespolitik die finanziellen Mittel entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden und ihrer Bevölkerung zuteilt und investiert.

Ziel: Gestaltung einer lebendigen, sicheren Stadt

Maßnahmenkatalog

- Planung und Umgestaltung der Stadtteile mit Treffpunkten im Freien und in Innenräumen.
- Belebung der Stadtteile durch generationsübergreifende Aktivitäten, die für alle zugänglich sind:
 - kulturelle Aktivitäten
 - sportliche Aktivitäten
 - Freizeitaktivitäten
 - kreative Aktivitäten
 - Prävention
 - Beratung
 - Sensibilisierungsaktionen
 - Projekte zur Entwicklung des Gemeinwesens
 - Gepflegte und sichere Parks und Grünflächen in allen Stadtteilen
 - inklusive Turnhallen im Freien
 - verstreute inklusive Spielorte für Kinder
 - Überdachte Spielhallen und Kinderspielplätze aus privater Initiative (keine Spielautomaten und in keinen Gemeindesälen)
 - Bürgerhäuser
 - Treffpunkte für gemeinsame Planungen
 - Anlaufstellen für niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote in Cafés, Apotheken und Parks
 - Aufwertung von Jugendzentren
 - Schaffung von Grünflächen mit Lerneckern
 - Öffentliche Räume für digitale Angebote
 - Computerräume und Totems mit Internetzugang
- Prüfung der Möglichkeit der Öffnung der Räumlichkeiten des Betriebs für Sozialdienste Bozen für die Stadt, in Zusammenarbeit mit dem Betrieb selbst, wo dies als möglich erachtet wird.

- In die Entwicklung von Bürgerhäusern oder Nachbarschaftshäusern investieren, um die soziale Inklusion zu fördern, die Gemeinschaft zu stärken und kulturelle Veranstaltungen zu fördern.
- Erstellung eines detaillierten Inventars der in der Stadt zur Verfügung stehenden Spielplätze, einschließlich Informationen über die Lage, die Arten von Sportarten, die ausgeübt werden können, den Zustand der Instandhaltung und die Notwendigkeit von Eingriffen, die Zugänglichkeit.
- Die BürgerInnen, wo möglich, bei der Neugestaltung (Zugänglichkeit) bestehender Sportplätze und bei der Planung neuer Sportanlagen anhören.
- Förderung der Nutzung von Schulhöfen durch BürgerInnen für sportliche Aktivitäten.
- Verringerung und Vereinfachung des bürokratischen Aufwands bei der Organisation von Veranstaltungen/Aktivitäten.
- Aufwertung der Rolle der Bürgerzentren, der Bibliotheken, der Jugendzentren, der Gesundheits-Sozialsprengel als Anlauf- und Informationsstelle für die BürgerInnen.
- Aufwertung der Stadt Bozen als Universitätsstadt durch die Stärkung der Rolle der Freien Universität Bozen und der Claudiana, des universitären Ausbildungszentrums für Gesundheitsberufe, durch die Umsetzung von Projekten in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die zur Belebung der Stadt beitragen.
- Universitäre Organisationen dazu anregen, eine aktive Rolle innerhalb der Gemeinschaft zu übernehmen.
- Förderung des Anbaus von Gemeinschaftsgärten durch Bürgerbildung (Gemeinwohllogik).
- Die lokale, weniger industrialisierte Lebensmittelproduktion fördern und entsprechende Preisregelungen einführen.
- Förderung und Unterstützung der Eröffnung von Nachbarschaftsläden und der Belebung von Stadtvierteln durch längere Öffnungszeiten, einschließlich Apothekenöffnungszeiten.
- Mehr Beleuchtung (mit geringerem Verbrauch/intelligenten Lichtschranken) in allen Straßen der Stadt.
- Förderung der Polizeipräsenz in der Stadt, zu jeder Zeit und auch in Zivil.
- Investitionen in Fernwärme, die aus nachhaltigen und erneuerbaren Energiequellen gespeist wird.

- Das Bewusstsein für die Integration von Prinzipien der Nahwirtschaft sowie für eine humanere und funktionalere Strafvollzugsanstalt schärfen (zum Beispiel durch die Gestaltung von Räumen, die die Sozialisierung und das Lernen fördern; die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Genossenschaften fördern, um den Gefangenen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten; Bildungs- und Ausbildungswege umsetzen, die auf die soziale Wiedereingliederung der Gefangenen abzielen; psychologische Unterstützungsdienste und Aktivitäten anbieten, die persönliche Verantwortung, Selbstvertrauen und Respekt vor anderen fördern).

Ziel: Förderung der Mobilität für alle

Maßnahmenkatalog

- Förderung des kostenlosen Zugangs zum öffentlichen Nahverkehr für BürgerInnen, um die Nutzung privater Fahrzeuge zu verringern.
- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Hauptverkehrszeiten und nachts.
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zwischen den Städten und den angrenzenden Gemeinden.
- Verbesserung der Dienstleistungen für Busfahrgäste, z.B. Verbesserung der digitalen Anzeigetafeln zur Information über Verspätungen von Bussen; Installation von akustischen und visuellen Ansagesystemen zur Bereitstellung von Informationen über den Fahrweg und die Haltestellen, die auch für Seh- und Hörbehinderte verständlich sind, die Verhaltensregeln aushängen, die Funktionalität des Fahrkartenentwerter regelmäßig überprüfen).
- Verbesserung der Zugänglichkeit von Bussen für Menschen mit Behinderungen (z.B. durch den Einsatz barrierefreier Fahrzeuge mit Rampen, Hebebühnen, reservierten Sitzplätzen und ausreichend Platz für Rollstühle; spezielle Schulungen für Fahrer und Hilfspersonal, um Fahrgästen mit Behinderungen bestmöglich behilflich zu sein).
- Konsolidierung und Stärkung der Zentralstelle für die Koordinierung von individuellen Transportanfragen älterer und behinderter Menschen durch Vereine.
- Sichere Radwege zwischen den Stadtteilen ausbauen.
- Förderung des Radverkehrs durch finanzielle Anreize und Dienstleistungen für die BürgerInnen.
- Förderung des Fahrradverleihs mit dem Südtirol-Pass Abo+.

- Straßenplanung und öffentlicher Verkehr werden nach dem Prinzip "Design für all" organisiert: Ein schönes Design, das die Zugänglichkeit für alle garantiert.
- Untersuchung der Machbarkeit von barrierefreien öffentlichen Toiletten in jedem Stadtviertel.
- Den Abbau architektonischer Barrieren und die Sicherheit der Fußgängermobilität fördern.

Makroebene *Partizipative Organisationskultur*

Gegenwart

Öffentliche und private Organisationen sind sich ihrer Rolle im sozialen Wandel und der Bedeutung der Organisationskultur als einem der Faktoren, die die Effizienz und Effektivität der Dienstleistungen und das Wohlbefinden der Mitarbeiter beeinflussen, nicht ausreichend bewusst. In öffentlichen Einrichtungen herrscht eine bürokratische und hierarchische Mentalität vor, die für eine komplexe Gesellschaft, die Flexibilität, Verständnis und Beteiligung erfordert, ungeeignet ist. Der Formalismus verlangsamt die Verwaltungsabläufe, während die Reaktion auf Probleme oft nur eine Notlösung ist. Es bedarf eines Paradigmenwechsels, der die Zusammenarbeit, das Wohlergehen der Mitarbeitenden und der BürgerInnen sowie eine partizipativere und bewusstere Verwaltung auch im Kontext der Digitalisierung in den Vordergrund stellt.

Gewünschte Zukunft

Die öffentlichen Einrichtungen haben einen partizipativen und verantwortungsbewussten Ansatz gewählt, indem sie den Austausch mit den Angestellten fördern und bürokratische Hindernisse überwinden. Die Führungskräfte bevorzugen praktische und verständliche Lösungen, auch dank der Digitalisierung der Dienstleistungen. Die Personalentwicklung wird gefördert, wobei das individuelle und kollektive Wohlbefinden im Vordergrund steht. Das Personal beteiligt sich aktiv an der Mission der Einrichtung, in einem Klima des Zuhörens, des Dialogs und der Zusammenarbeit. Der Übergang von einer rein hierarchischen Organisationskultur (Top Down) zu einer intern und extern partizipativen Kultur (Bottom Up) wirkt sich positiv auf die Wirksamkeit und Effizienz der Einrichtung aus.



Ziel: Ausbau von Austausch und Partizipation

Maßnahmenkatalog

- Förderung des Zugehörigkeitsgefühls der MitarbeiterInnen zur Organisation durch gemeinsame Freizeit- und Erholungsaktivitäten.
- Anerkennung von Burnout-Syndrom und arbeitsbedingtem Stress als Indikatoren für organisatorische Dysfunktionalität (z.B. Organisation von Einzel- und Teamcoachings, kostenlose und anonyme Beratung durch Psychologen, Zeit für konstruktiven Dialog mit den Beschäftigten).
- Aufwertung und Weitergabe der Erfahrungen von ArbeitnehmerInnen, die kurz vor der Pensionierung stehen (z.B. Förderung des Austauschs von Fachwissen und Erfahrungen zwischen neuen und erfahrenen ArbeitnehmerInnen).
- Regelmäßige Treffen zwischen dem Personal, den Führungskräften und den politischen Vertretern organisieren.
- Bewertung des politischen und verwaltungstechnischen Managements durch das Personal.
- Änderung der Organisationskultur der Schule, zum Beispiel:
 - Aufrechterhaltung alternativer Lehrmethoden wie die Montessori-Methode
 - Unterstützung des Mehrsprachigkeitsunterrichts in den Schulen
 - Förderung und Stärkung der Einbindung der Familien in die schulische Bildung durch die Entwicklung eines gemeinsamen pädagogischen Ansatzes
 - Förderung des Wohlbefindens und einer personenzentrierten und gemeinschaftsorientierten Bildungspolitik
 - Schulung von Erwachsenen und Minderjährigen im Umgang mit Gefühlen
 - Förderung der Anschaffung moderner technologischer Geräte durch die Schulleitungen und deren finanzielle Unterstützung
 - Förderung der Ausbildung im Umgang mit Computern, künstlicher Intelligenz und digitalen Plattformen der öffentlichen Verwaltung
 - Förderung von Projekten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung mit Schwerpunkt auf politische und verwaltungstechnische Bildung
 - Förderung der gemeinsamen Nutzung schulischer Räumlichkeiten durch die Bevölkerung (z.B. Organisation außerschulischer sozialer und spielerischer

Aktivitäten, Öffnung von Turnhallen/Bibliotheken für Freizeitaktivitäten und Treffen von Kindern und Jugendlichen)

- In Absprache mit den Schulen Anschlagtafeln einrichten, um Veranstaltungen in der Stadt zu bewerben.

Ziel: Verbesserung der räumlichen Organisation

Maßnahmenkatalog

- Überarbeitung der Kriterien für die Renovierung öffentlicher Gebäude, zum Beispiel:
 - In intelligente Lösungen (künstliche Intelligenz) investieren
 - Einbeziehung des Personals der Einrichtungen in das Renovierungsprojekt, um es besser an ihre Bedürfnisse und die der NutzerInnen anzupassen
 - Berücksichtigung der Zugänglichkeit der Einrichtungen (auch in Bezug auf Farben und Kontraste, um Sehbehinderten die Orientierung zu erleichtern, sowie in Bezug auf Kommunikation und Informationsfluss- design for all)
 - Schaffung funktioneller und attraktiver Räumlichkeiten.
- Öffentliche Verwaltungen renovieren ihre Einrichtungen im Rahmen von Energiegemeinschaften und versorgen ihre BürgerInnen zu sehr niedrigen Preisen mit Energie.
- Sicherstellung der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Dienstleistungseinrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Einrichtung von Betreuungseinrichtungen für Kinder in Kondominien, in Wohngemeinschaften, in Seniorenheimen, in öffentlichen und privaten Unternehmen.
- Förderung von Privatinitiativen zur Beschaffung von Finanzmitteln (Fundraising-Aktivitäten).

Ziel: Aufwertung der Mitarbeiterentwicklung

Maßnahmenkatalog

- Durchführung regelmäßiger Umfragen zum Wohlbefinden in der Organisation unter Einbeziehung der Angestellten und derer, die gekündigt haben.
- Förderung der beruflichen Entwicklung und Anpassung der Arbeitsprofile der Mitarbeiter an ihre persönlichen Fähigkeiten und psychologischen Einstellungen.

- Erweiterung des Angebots an beruflicher Weiterbildung im Einklang mit den von den ArbeitnehmerInnen geäußerten Bedürfnissen
- Verstärkung der Dienste für die berufliche Eingliederung von benachteiligten Personen und deren Begleitung am Arbeitsplatz.
- Einführung von Programmen zur Begleitung neuer Mitarbeiter am Arbeitsplatz (z.B. Einführung oder Stärkung von Formen des Tutorings und Coachings im Büro).
- In Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Unternehmen die Schaffung von Wohnmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen in Erwägung ziehen und die Gesetzgeber dafür sensibilisieren (z. B. Angebot finanzieller Garantien für Vermieter, um die Suche nach Mietwohnungen zu erleichtern, Konventionen mit Wohnheimen).

Ziel: Ausbau und Vereinfachung der Digitalisierung

Maßnahmenkatalog

- Bürger- und Mitarbeiterbefragungen durchführen, um die Bedürfnisse zu ermitteln.
- Gewährleistung des Zugangs zu sozialen und finanziellen Dienstleistungen in digitaler Form durch die Schaffung eines einzigen, transparenten und benutzerfreundlichen Portals.
- Sicherstellung des Zugangs zu Sozial- und Gesundheitsdiensten sowie zu finanzieller Sozialhilfe durch Schalterdienste und die Einrichtung von Callcentern sowie die Schaffung von Informationsstellen für die BürgerInnen (z.B. Ausbau von Bürgerzentren, Bibliotheken, Vereinen usw.).
- Fortbildung des Personals im Hinblick auf die Nutzung digitaler Plattformen.
- Förderung von Schulungen zum bewussten Umgang mit digitalen Plattformen der öffentlichen Verwaltung, der Technologien und der sozialen Medien (in Schulen, im Rahmen von Fortbildungsprogrammen, offene Kursabende zu diesem Thema).
- Sicherstellung der Unterstützung von BürgerInnen bei der Nutzung digitaler Plattformen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Stabilisierung des Projekts DIGITAL BZ).

Ziel: Vereinfachung und Abbau von Bürokratie

Maßnahmenkatalog

- BürgerInnen- und MitarbeiterInnenbefragungen durchführen, um die Bedürfnisse zu ermitteln.
- Förderung der Interoperabilität zwischen den Informationssystemen der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen unter Berücksichtigung des Schutzes der Privatsphäre und der Wünsche der Bürgerinnen und Bürger.
- Die Möglichkeit der automatisierten Online-Zustellung von Dokumenten und persönlichen Zertifikaten an die BürgerInnen prüfen (z.B. Geburts- und Heiratsurkunden, Personalausweise etc. versenden).
- Verwaltungsverfahren, sowohl für die Verwaltung als auch für die BürgerInnen, vereinfachen (z. B. automatischer Zugriff auf personenbezogene Daten während eines öffentlichen Verwaltungsverfahrens, wobei die Privatsphäre der BürgerInnen gewahrt bleibt).
- Übermäßige Informations- und Dokumentationsanforderungen an die BürgerInnen vermeiden, um Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten, wenn diese, wie gesetzlich vorgesehen, in der Datenbank verfügbar sind.
- Förderung der Unterstützung von UniversitätsstudentInnen bei der Beantragung von Dokumenten (z.B. Personalausweise, Beantragung einer MwSt.-Nummer, Erstellung einer SPID, Hilfe bei der Erstellung des ISEE) sowie bei der Suche nach Unterkünften und Freizeitaktivitäten, z.B. durch ein Büro oder einen Infopoint oder durch die Organisation von Studententagen, an denen die Gemeindebüros zu bestimmten Uhrzeiten für sie geöffnet sind.

7. Auswirkungen und Ergebnisse des Projektes

Die aktive Beteiligung der Bevölkerung hat eine entscheidende Rolle bei der Festlegung der Prioritäten des Sozialplans der Stadt Bozen gespielt und dazu beigetragen, ein Planungsdokument zu erstellen, das den konkreten Bedürfnissen und Erwartungen der Gemeinschaft entspricht. Das Projekt hat sich als äußerst wirksam erwiesen, um eine Form der Sozialplanung zu fördern, die konkret und gezielt auf die Bedürfnisse des Territoriums eingeht, indem sie unterschiedliche Beiträge integriert und die Vielfalt der Kompetenzen und Perspektiven der BürgerInnen nutzt. Die Qualität der erzielten Ergebnisse und das Ausmaß der erreichten Bürgerbeteiligung bilden eine solide Grundlage für die Verabschiedung und Umsetzung des Sozialplans durch den 2025 ins Amt gekommenen Gemeinderat, der die Sozialpolitik der Gemeinde Bozen für den Zeitraum 2024–2034 auf gemeinsame und nachhaltige Weise ausrichten kann.

Qualitative Auswirkungen

Die Ausarbeitung des Sozialplans war weit mehr als eine reine technische und administrative Aufgabe. Es handelte sich vielmehr um einen transformativen Prozess, der eine Reihe bedeutender qualitativer Auswirkungen hatte und das Verständnis für Sozialplanung grundlegend verändert hat:

- **Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Vision**
Dank der Drei-Horizonte-Methode gelang es, die Vorstellungskraft der Bürger und die kollektive Fähigkeit zur Gestaltung positiver und nachhaltiger Zukunftsszenarien anzuregen.
- **Erziehung zur vorausschauenden Planung und Förderung der kollektiven Intelligenz**
Der Prozess hat die Entwicklung von Kompetenzen gefördert, die für komplexe Entscheidungen nützlich sind, und dabei die aktive Beteiligung und gemeinsame Verantwortung angeregt.
- **Systemische und übergreifende Sichtweise auf soziale Schwachstellen**
Zur Überwindung der Fragmentierung und Erkennung von Zusammenhängen und Auswirkungen auf verschiedene Bereiche des individuellen und kollektiven Lebens.
- **Gemeinsame Ermittlung sozialer Prioritäten**
Der Prozess ermöglichte es, unter Beteiligung aller Akteure die wichtigsten kritischen Punkte des Gebiets zu ermitteln.
- **Förderung eines innovativen und integrativen partizipativen Modells**
Es wurde der Beitrag einer Vielfalt von Akteuren genutzt, wodurch das Risiko der Ausgrenzung schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen verringert und eine umfassende und gemeinsame Darstellung der Bedürfnisse und Ressourcen gefördert wurde.
- **Stärkung der Gemeinschaft und des Zugehörigkeitsgefühls**
Die direkte Einbindung der Bevölkerung in die politische Entscheidungsfindung hat das Vertrauen in die Institutionen und das Bewusstsein für die eigene aktive Rolle gestärkt.

- **Förderung eines kulturellen und organisatorischen Wandels**
Die Überwindung hierarchischer Ansätze hat die Einführung einer partizipativen Kultur begünstigt, die auf Zuhören, Mitverantwortung und der Wertschätzung des Humankapitals basiert.
- **Authentischer Dialog und bedeutungsvolle Beziehungen**
Die Schaffung von Räumen für den Austausch zwischen BürgerInnen und Verwaltung hat neue soziale und institutionelle Verbindungen erzeugt und den Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen gestärkt.
- **Zugängliche, einbeziehende und inklusive Kommunikation**
Durch die kombinierte Nutzung formeller Instrumente (öffentliche Veranstaltungen, Pressekonferenzen) und informeller Instrumente (ausdrucksstarkes Vorlesen, Mundpropaganda, Nachbarschaftstreffen) konnte ein breiteres Publikum erreicht werden, wodurch die Kommunikation nicht nur informativ, sondern auch emotional ansprechend war. Der kontinuierliche, wechselseitige Dialog trug dazu bei, die einseitige Kommunikation zu überwinden.
- **Transparenz und demokratische Legitimierung**
Der Plan wurde von einem rein technischen Dokument zu einem Instrument der gemeinsamen Planung und gemeinsamen Governance, wodurch die Glaubwürdigkeit der Verwaltung und die Akzeptanz der Entscheidungen gesteigert wurden.
- **Aufwertung der Pflegearbeit und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter**
Der Prozess hat den wirtschaftlichen und sozialen Wert der Pflegearbeit anerkannt und Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung und Inklusion vorangetrieben.
- **Soziale und institutionelle Innovation**
Es wurden innovative Instrumente und Methoden wie Zukunftswerkstätten und Storytelling eingeführt, die neue Formen der Beteiligung und Planung ermöglichen.
- **Förderung des Engagements und der Zusammenarbeit**
Der Austausch von Daten, Entscheidungen und Beweggründen fördert eine Kultur der Zusammenarbeit und Mitgestaltung und stärkt das Zugehörigkeitsgefühl und die Bereitschaft, zum Gemeinwohl beizutragen.
- **Ausrichtung der öffentlichen Strategien** in Übereinstimmung mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030.
- **Kooperationen und strategische Reflexion** mit der Universität Bozen.

Kooperationen und strategische Reflexion

Im Mai 2025 wurde die Beobachtungsstelle für Sozialpolitik und Lebensqualität von der Universität Bozen eingeladen, den Workshop *Planen für soziale Nachhaltigkeit*⁷ (im Rahmen von EUniverCities) durchzuführen, der auch eine Zukunftswerkstatt zum Thema *Die Identität einer Universitätsstadt* umfasste. Diese Initiative bot die Gelegenheit, das Thema der Beziehung zwischen Stadt und Gemeinschaft der Studierenden zu vertiefen, ausgehend von den Überlegungen, die aus dem Workshop 2023 mit den Studierenden hervorgegangen waren, bei dem das Bestehen einer Trennung zwischen der akademischen Welt und der Stadtgemeinschaft deutlich geworden war. Der Workshop EUniverCities bot einen konkreten Raum für den Dialog, um diese Beziehung zu überdenken und neue Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Universität zu eröffnen.

Auf dem Weg zu einer partizipativen und beständigen Demokratie

Die Teilnahme der Beobachtungsstelle am Workshop der EUniverCities-Konferenz entspricht einer klaren Forderung, die aus den Gesprächen des Sozialplans hervorgegangen ist: Das Zuhören und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in strukturierte und kontinuierliche Prozesse umzuwandeln, die nicht auf einzelne Momente beschränkt sind. Der ständige Dialog zwischen den Institutionen und der Bevölkerung ist nicht nur ein operatives Instrument zur Ermittlung konkreter Maßnahmen, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die Vitalität und den Fortbestand der Demokratie.

Quantitative Auswirkungen

Das Projekt für die Erarbeitung des Sozialplans der Gemeinde Bozen hat auch in quantitativer Hinsicht wichtige Ergebnisse erzielt:

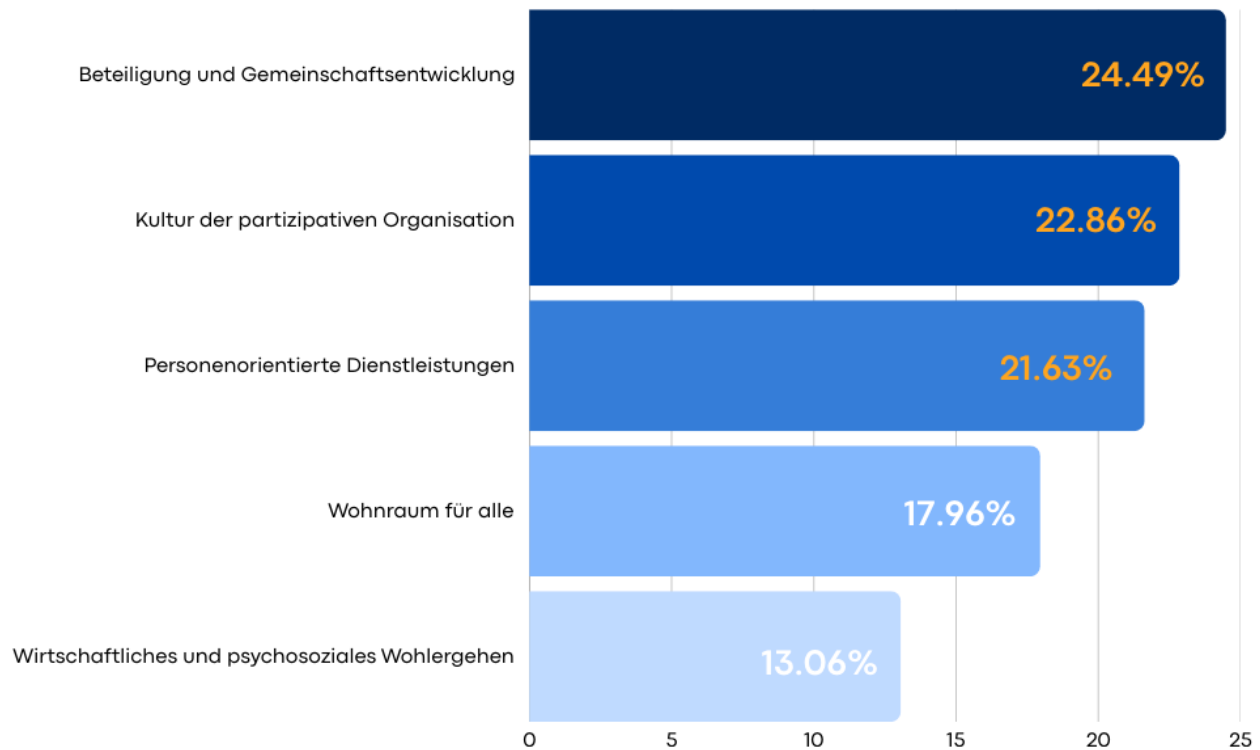
- **770 Bürgerinnen und Bürger** wurden auf verschiedene Art und Weise einbezogen.
- **Über 80 strategische Interviews** wurden mit politischen ReferentInnen und VertreterInnen der sozialen Einrichtungen durchgeführt.
- **5 öffentliche Treffen, 23 thematische Werkstätten** und **6 Pressekonferenzen** haben den direkten Austausch zwischen Gemeinschaften, Verwaltung und Interessengruppen erleichtert.
- **Ein Programmdokument** mit **22 Maßnahmenblättern** und **179 strategischen Maßnahmen**, die von BürgerInnen, Behörden und Fachleuten vorgeschlagen, sorgfältig systematisiert und in **9 Handlungsbereiche** gegliedert wurden.
- **Prognosen** über den **Bedarf an Wohnstrukturen** für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Frauen in Gewaltsituationen sowie Prognosen über den **Bedarf an Bettenplätzen**.
- Ermittlung von zahlreichen bereits umgesetzten und **bewährten Maßnahmen**, die im Kapitel „Bozen im Wandel – Keimzellen der Zukunft“ aufgeführt sind.

⁷ Ein umfassender Bericht zum Workshop ist auf der offiziellen Webseite der Gemeinde Bozen unter folgendem Link einzusehen: [Sozialplan 2034 / Fachdokumente / Dokumente / Verwaltung / Homepage - Stadtgemeinde Bozen](#)

Analyse der thematischen Verteilung

Eine **eingehende Analyse der 179 im Sozialplan vorgesehenen Maßnahmen** ermöglicht es, deren **prozentuale Verteilung nach Makrobereichen** hervorzuheben und bietet einen klaren Überblick über die strategischen Prioritäten.

Verteilung nach Makroebenen



Synthese

- Die **ersten drei Makrobereiche** decken fast **70 % der Maßnahmen** ab und zeigen einen starken Willen zur sozialen, organisatorischen und relationalen Transformation.
- Der Bereich **Wohnraum für alle** zeigt ein konkretes Engagement für das **Recht auf eine Wohnung** mit Maßnahmen, die auf eine **Diversifizierung des Angebots im Wohnbereich** abzielen.
- Das **wirtschaftliche und psychosoziale Wohlergehen** wird auf übergreifende Weise durch integrierte Maßnahmen angegangen, die **psychische Gesundheit, finanzielle Bildung und berufliche Eingliederung** miteinander verbinden und so zu einer koordinierten und multidimensionalen Antwort auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft beitragen.

Verteilung nach Makroebenen

Beteiligung und Gemeinschaftsentwicklung	24.49%	Förderung der aktiven Beteiligung der Bevölkerung und der Gemeinschaftsnetze. Fokus auf Inklusion, städtischer Vitalität und Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und Mobilität.
Kultur der partizipativen Organisation	22.86%	Betonung der gemeinsamen Governance, der Transparenz in Entscheidungsprozessen, der Mitverantwortung und der Flexibilität. Fokus auf der Reform der Verwaltungsmodelle, dem organisatorischen Wohlbefinden, der Digitalisierung und personenorientierten Dienstleistungen.
Personenorientierte Dienstleistungen	21.63%	Ausrichtung auf personalisierte Lösungen für die Bedürfnisse der BürgerInnen mit einem Ansatz, der die einzelnen Menschen und ihre spezifischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Fokus auf der Stärkung der öffentlichen und soziosanitären Dienste, der Schaffung von Synergien, dem Selbstbestimmungsrecht und der Barrierefreiheit.
Wohnraum für alle	17.96%	Die Wohnungspolitik ist ein wichtiger Bestandteil des Plans, mit Maßnahmen, die einen gerechten und tragbaren Zugang zu Wohnraum gewährleisten sollen. Maßnahmen zur Bewältigung der Wohnungsnot, inklusive und nachhaltige Lösungen.
Wirtschaftliches und psychosoziales Wohlergehen	13.06%	Obwohl dieser Bereich quantitativ am wenigsten vertreten ist, sind die hier aufgeführten Maßnahmen von grundlegender Bedeutung für die Förderung der Lebensqualität der Einzelnen und der Gemeinschaft. Bekämpfung der zunehmenden Armut, Förderung der Beschäftigung, der psychischen Gesundheit und des Rechts auf Selbstbestimmung.

Die Verteilung der 179 Maßnahmen im Sozialplan zeigt eine klare Strategie: Es soll vorrangig in die Entwicklung der Gemeinschaft, in die Reform der Organisationskultur und in einen menschnahen Ansatz investiert werden. Diese drei Makrobereiche, die zusammen etwa 70 % der Gesamtmaßnahmen ausmachen, bilden die Grundvoraussetzung, um die schwierigsten und strukturell bedingten Herausforderungen wirksam anzugehen. Eine gemeinschaftsbezogene Entwicklung fördert nachbarschaftliche Beziehungen, solidarische Netzwerke und aktive Teilhabe und schafft so ein günstiges Umfeld für soziale Inklusion und Zusammenhalt. Die Kultur der partizipativen Organisation stärkt die Transparenz, die Mitverantwortung und die Reaktionsfähigkeit des öffentlichen und politischen Systems und macht es offener und flexibler. Die Fokussierung auf den Menschen gewährleistet, dass die Dienstleistungen auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sind und das Recht auf Selbstbestimmung und Würde respektieren. Diese Elemente sind unerlässlich, um Probleme wie den Zugang zu Wohnmöglichkeiten, das gemeinsame und integrative Lösungen erfordert, das wirtschaftliche und psychosoziale Wohlergehen, das auch von der Qualität der Beziehungen und Lebensumstände abhängt, und die Personalisierung von Dienstleistungen, die nur in einem System Sinn macht, das in der Lage ist, Menschen Gehör zu schenken und sie wertzuschätzen, auf nachhaltige und aufeinander abgestimmte Weise zu lösen. Die Zunahme, Diversifizierung und starke Verflechtung der aufgetretenen Bedürfnisse erfordern einen systemischen Ansatz und ganzheitliche politische Visionen, die durch einen aktiven, strukturierten Austausch und die Einbeziehung verschiedener Akteure entwickelt müssen, um wirksame und der Komplexität des sozialen Kontexts angemessene Antworten zu finden.

8. Abschließende Bemerkungen

Der Sozialplan 2024–2034 ist ein Projekt für den kollektiven Wandel, das darauf abzielt, konkrete und messbare Ergebnisse zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt zu erzeugen. Seine Bedeutung zeigt sich in seiner Fähigkeit, die wichtigsten aktuellen Probleme – von der Wohnungskrise über die Integration von Sozial- und Gesundheitswesen bis hin zur wirtschaftlichen und relationalen Armut und zur menschenfreundlichen Digitalisierung – durch systemische Strategien zum Wohle der Allgemeinheit anzugehen.

Als Ergebnis eines umfassenden partizipativen Prozesses bietet der Plan eine übergreifende und mehrstufige Vision der sozialpolitischen und an die breite Öffentlichkeit gerichteten Strategien, die vollständig mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 im Einklang steht. Die Methode der drei Horizonte hat sich als pädagogischer Ansatz bewährt, der prognoseorientiertes, vorausschauendes Handeln fördert und dabei staatsbürgerliche Kompetenzen und eine systemische Lesart sozialer Phänomene unterstützt.

Einer seiner wichtigsten strategischen Hebel ist die Fähigkeit, Visionen in operative Maßnahmen umzusetzen, die sich konkret auf Dienstleistungen, Governance und Organisationskultur auswirken. Der Prozess der gemeinsamen Planung hat zur Entstehung eines Modells der partizipativen Steuerung geführt, das als methodischer Anhaltspunkt für die Überwindung des Notstandsansatzes und für die Aufwertung des vor Ort vorhandenen Know-hows dient, wobei besonderes Augenmerk auf das in der städtischen Gemeinschaft vorhandene Humankapital und Beziehungskapital gelegt wird.

Der eingesetzte integrierte Ansatz basiert auf dem Aufbau von Netzwerken zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, der Verknüpfung zwischen Wissensbereichen und der Förderung partizipativer Vorgehensweisen, sowohl innerhalb einzelner Organisationen als auch zwischen verschiedenen institutionellen Einrichtungen und dem Dritten Sektor. Von grundlegender Bedeutung sind auch das Engagement für die ständige Weiterbildung und die Übernahme solider ethischer Grundsätze, die auf der individuellen und sozialen Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft beruhen.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des Plans ist die Aufwertung der „Keime der Zukunft“: bereits laufende Initiativen, die konkret auf die entstehenden Bedürfnisse reagieren und wünschenswerte Szenarien skizzieren. Diese Keime – innovative Projekte, inklusive Vorgehensweisen, Dienstleistungsmodelle und Kooperationsnetzwerke – sind Indikatoren des Wandels und strategische Instrumente für die Ausrichtung der öffentlichen Politik.

Die Einbindung der Bevölkerung hat bei der Ausarbeitung des Plans eine zentrale Rolle gespielt: Zukunftsworkshops, strategische Interviews, Storytelling, öffentliche Veranstaltungen und digitale Instrumente boten allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich als aktives Element des Wandels wahrzunehmen, wodurch die Mitverantwortlichkeit und das Vertrauen zwischen BürgerInnen und Institutionen gestärkt wurden.

Die Ausarbeitung des Sozialplans hat erhebliche qualitative und quantitative Auswirkungen gehabt. Das Dokument steht nun den politischen Entscheidungstragenden zur Verfügung und kann als Leitfaden für Strategien und Maßnahmen dienen, um Bozen zu einer immer gerechteren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Stadt zu machen. Der Sozialplan liefert Leitlinien für die politische Steuerung und macht deutlich, dass die Planung der Sozial- und öffentlichen Politik

angesichts der Komplexität und der Verflechtung der verschiedenen Probleme integrierte und sektorübergreifende Strategien erfordert. Diese Strategien setzen die Einrichtung von Diskussionsforen und gemeinsamen Entscheidungsprozessen voraus, an denen politische VertreterInnen, Fachleute aus der Verwaltung, SozialarbeiterInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft und ExpertInnen aus dem jeweiligen Bereich aktiv beteiligt sein müssen. Letztendlich bietet der Sozialplan 2024–2034 nicht nur eine Agenda mit konkreten Maßnahmen, sondern dient auch als strategischer Kompass für die politische und administrative Governance, indem er die Anwendung kooperativer und integrativer Modelle fördert, um individuelles und kollektives Wohlergehen sowie demokratische Teilhabe zu schaffen.



Piano Sociale | Qualità della vita nella città di Bolzano Linee Guida 2024 - 2034

Sozialplan | Lebensqualität in Bozen Leitlinien 2024 - 2034

